Tschechoslowakei

Präsident Masaryk

ein treuer Knecht der tschechoslowakischen Imperialisten.

Die Zeitschrift „Nase vojsko" („Unsere Armee") veröffentlicht den Inhalt eines Gespräches, das Präsident Masaryk bei der militärischen Rezeption, die an seinem Geburtstag stattfand, mit den Redakteuren dieser Zeitschrift führte. Der Präsident äußerte sich gegen das Mißtrauen, das in manchen Kreisen noch immer gegen die Armee herrsche.

Dieses sehr berechtigte Mißtrauen gegen die Armee, das die revolutionäre Arbeiterschaft hegt, lieber „Humanist Masaryk", wird durch Ihre Geburtstagsrede, in der sie unter anderem folgendes ausführten, nur noch verstärkt:

„Ein Mensch kann noch so friedliebend sein, wenn aber jemand gewalttätig gegen ihn losgeht, ergibt er sich nicht. So verhält es sich auch mit einer ganzen Nation. Der Einzelne und das Volk müssen sich immer konsequent wehren. Unsere Position gebietet uns, eine gute Armee zu haben, damit wir uns nicht ergeben müssen. Wir müssen ständig und immer zur Abwehr bereit sein."

Ei, ei, ist das nicht fein gesponnene Vorbereitung der künftigen Kriegslügen, vom Verteidigungskrieg?

Wir revolutionären Arbeiter lassen uns aber nicht täuschen, unsere Aufgabe ist es, der Arbeiterschaft aufzuzeigen, daß die Interessen des tschechoslowakischen Kapitalismus nicht auf den Verzicht der Expansion, sondern auf erhöhte Tendenz zur Expansion, auf erhöhte imperialistische Bestrebungen gerichtet sind. Der immer größere Kapitalexport der tschechoslowakischen Republik ist ein Beweis dafür, daß der imperialistische Charakter der ganzen tschechoslowakischen Bourgeoisie sich im erhöhten Maße gesteigert hat. (In den letzten Tagen erst wurden seitens tschechoslowakischer Großbanken an die österreichische Nationalbank Geldofferten zum Satze von 7 Proz gestellt.)

Diese imperialistischen Bestrebungen führen zu den ungeheueren Vorbereitungen für den kommenden Krieg. Der Konzentrationsprozeß innerhalb der tschechoslowakischen Rüstungsindustrie schreitet immer weiter vorwärts. Bei Skoda in Pilsen waren 1927 — 24 000 Arbeiter beschäftigt, heute dagegen schon 35 000. Skoda hat eine Verbindung mit der Waffenfabrik in Brünn hergestellt, ferner sind die großen Werke Laurin und Klement den Skodawerken angeschlossen worden. Mit der Kolben A.-G. in Prag fanden weitere Verhandlungen statt, deren Zweck darin besteht, die Produktion von Automobilen rationeller zu gestalten, die natürlich später noch durch die Produktion von Tanks ergänzt werden. Die Direktion der chemischen Fabrik in Aussig wurde nach Prag verlegt, doch natürlich nur zu dem Zwecke, damit das Kriegsministerium imstande ist, eine Zengere Verbindung mit diesem für die Kriegsindustrie so außerordentlich wichtigen Betrieb herzustellen. Die Glanzstoffabrik in Lobositz kann innerhalb von wenigen Tagen auf die Erzeugung von Sprengstoffen umgestellt werden. In den Mannesmannwerken in Komotau ist es möglich, die dort befindlichen Drehbänke auf die Erzeugung von Granaten umzustellen. Die ser Betrieb lieferte schon während des Weltkrieges viele Hunderttausende von Granaten. In den Kupferwerken in Pömmerle bei Aussig kann Material für Zehntausende von Führungsringen für die Artillerie hergestellt werden.

Nach der „Pr.Pr." wird damit gerechnet, daß das Nationalverteidigungsministerium neue 80 Millionen Kc im Staatsvoranschlag für 1930 anfordern wird, um finanziell die Gesetzesnovelle über die längerdienenden Unteroffiziere zu fundieren.

Man versucht, außer dem dienstpflichtigen Heer noch ein Berufsheer zu bilden, ähnlich der Reichswehr in Deutschland, und dies geschieht eben durch eine bedeutende Erhöhung der Unteroffiziere und der Gagisten, für die man besondere Spezialkurse veranstaltet, um dann die Unteroffiziere zur Verstärkung der Gendarmerie in dasselbe einzubeziehen.

Dazu werden diese Gelder gebraucht, und auch der geplante Wohnungsfonds wird nichts anderes sein als ein Rüstungsfonds. Die vielen Millionen, die man in den Sozialversicherungsinstituten aus Arbeitergeldern ansammelt, werden im geeigneten Moment beschlagnahmt werden zum Zwecke der Kriegführung.

Weiter plant die Regierung des Bürgerblocks ein Gesetz, demzufolge nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen mit in den Militarisierungsprozeß einbezogen werden sollen. Das Kriegsministerium hat aber schon seit längerer Zeit auch die Absicht geäußert, die sogenannte vormilitärische Erziehung in den Schulen einzuführen. In den höheren Schulklassen sollen sogar Schießübungen eingeführt werden. In den Kasernen herrscht ein verschärfter Drill, dem auch die vielen Unglücksfälle zuzuschreiben sind, die sich in letzter Zeit bei militärischen Uebungen ereigneten, wie auch der Absturz von Militärflugzeugen.

Im Verlag des militär-chemischen Instituts sind aus der Feder tschechoslowakischer Offiziere eine Anzahl Broschüren über den Gaskrieg erschienen. Wir lesen darin z. B.:

„Die Anschauung, daß der Gaskrieg unhuman sei, ist durch die Ergebnisse der Statistik längst widerlegt. Die Sterblichkeit bei andern Kampfmitteln ist zehn- bis zwölfmal größer. Entweder stirbt der vom Gas Erfaßte oder er wird vollkommen geheilt. (Was gilt der herrschenden Klasse das Leben hunderttausender Proleten? — Sie sind das Menschenabschlachtn für ihre Interessen schon gewohnt, gilt es doch, nicht ihren eigenen Buckel zu Markte zu tragen.)

In den künftigen Kriegen würde das Gas selbst dann verwendet werden, wenn es auch ein unhumanes Kampfmittel wäre (als wenn es ein humanes wäre, ein herrliches Geständnis des tschechoslow. Militarismus für Führung des Gaskrieges); denn die Realität des letzten Krieges lehrt, daß die Rücksicht auf den Feind eine Sache untergeordneter Bedeutung ist, wenn der Krieg auf Leben und Tod geführt wird."

Welch herrliche Aussichten eröffnen sich da für die zukünftigen Schlachtopfer der tschechoslowakischen Bourgeoisie, und für diese grandiosen Zukunftsaussichten hält Herr Präsident Masaryk als treuer Knecht der tschechoslowakischen Imperialisten die Stange.

Doch dieser ungeheuer große Militärapparat dient nicht nur gegen den sogenannten äußeren Feind, sondern er soll auch gegen demonstrierende Arbeiter verwendet werden. Das geht deutlich und eindeutig daraus hervor, daß bei verschiedenen Truppen, insbesondere bei der Infanterie der tschechosl. Armee, Instruktionsstunden abgehalten werden, wo dem Soldat gelehrt wird, wie er gegen demonstrierende Arbeiter vorgehen muß. Es wird ihm in stundenlangen Uebungen erklärt, was insbesondere dann zu tun ist, wenn aus den Reihen der Demonstranten Steine geworfen werden. Im Falle von Steinwürfen ist dem Kommandanten vorgeschrieben, Gefechtsstellung zu befehlen, die Soldaten müssen das Bajonett aufpflanzen! Das Laden der Gewehre ist bereits während des Aufmarsches vorzunehmen, und zwar wird bei einem solchen Anlaß scharfe Munition verwendet. Jeder Soldat bekommt für diesen Zweck fünfzehn scharfe Patronen.

So sieht die wahre Fratze des tschechoslowakischen Militarismus aus, und diesen sowie auch jeden kommenden Krieg auf das schärfste zu bekämpfen, muß eine der wichtigsten Aufgaben des revolutionären Proletariats der Tschechoslowakei sein.

Unsere Losung: Krieg dem Kriege! Nieder mit dem Kapitalismus! Wir Proletarier sind vaterlandslose und nationslose Gesellen. Unser Vaterland wird sein das vereinigte Räte-Vaterland Europa!

Betrieb und Wirtschaft

Löhne und Leistung

In den Steinkohlenbergwerken Europas.

Das Internationale Arbeitsamt hat vor einiger Zeit eine Arbeit veröffentlicht, die insbesondere für die deutsche Arbeiterschaft von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit ist. Merkwürdig, sehr merkwürdig aber ist es, daß diese Arbeit von dem sonst doch so angebeteten demokratischen Institut weder von der sozialdemokratischen noch von der Gewerkschaftspresse in ihr gebührenden Weise gewürdigt worden ist. Es handlt sich nämlich um die nicht leichte Arbeit eines Vergleichs der Löhne und der Leistung der Steinkohlenbergwerksarbeiter sämtlicher Kohlen fördernder Länder Europas.

Wenn wir uns die Zahlen der folgenden Tabelle genau ansehen, werden wir die Ursache begreifen, weshalb diese „Arbeiterpresse" überr diese wichtige Arbeit ihren Lesern gegenüber Reserve bewahrt. Wir finden da nämlich, daß der deutsche Kumpel am meisten schuftet und am wenigsten verdient unter allen seinen europäischen Kollegen, abgesehen von dem kleinen Landwirtschaftsstaate Polen, wo die Bergwerke fast ausschließlich auf dem Lande gelegen sind, und wo jeder Bergarbeiter seinen Kohl und seine Kartoffeln selber baut. Ziehen wir dies mit in Betracht, und auch die Tatsache, daß der polnische Bergarbeiter für seinen um eine Kleinigkeit niedrigeren Lohn rund ein Fünftel weniger leistet, so ergibt sich nackt und brutal die Tatsache, daß der deutsche Bergarbeiter der billigste ist in der ganzen Welt. Kuli. Immer noch! Es betrug der

Durchschnittsverdienst der Arbeiter untertage.

	je Schicht	je Jahr	je*) Stunde	je*) Tonne	Leistung
Großbritannien	100	100	100	100	100
Niederlande	89	105	78	96	82
Belgien	73	82²)	51	100	48
Tschechoslawakei (Ostrau Karwin)	66¹)	69¹)	51¹)	61	88
Frankreich	66	78	52	83	59
Saargebiet	63¹)	76¹)³)	51¹)	73³)	71
Deutschland:					
Ruhrgebiet	66	75	64	68	100
Oberschlesien	53¹)	59¹)	43¹)	39¹)	126
Polen	54	55	41	41	101

*) reduziert auf Goldfranken;
¹) ohne Einrechnung der Unternehmerbeiträge zur Sozialversicherung;
²) Durchschnitt für alle Bergarbeiter, also für die über Tage eingeschlossen.
³) Die letzte Kolonne gibt die vergleichswise Leistungsenheit an. Es ergibt sich hier die Tatsache, daß in den Ländern mit den höheren Löhnen weniger geleistet wird, als in den Ländern mit niedrigen Löhnen. Es muß bemerkt werden, daß die Kolonne nicht die Menge geförderter Kohlen pro Zeiteinheit darstellt. Es sind alle technischen Vorteile und Sonderheiten berücksichtigt und die persönliche Arbeitsleistung ermittelt. In Deutsch-Oberschlesien hat also der Bergarbeiter die niedrigsten Löhne und die höchste Arbeitsleistung ganz Europas, also der ganzen Welt.

Die Statistik ist schon an sich die „angleichende Gerechtigkeit", indem England mit seiner hohen Anzahl dauernd arbeitsloser und demzufolge oft die Arbeit wechselnder Bergarbeiter als Indexmesser getommen ist. Bekanntlich hat das englische Zechenkapital seit Jahren das Bestreben, die Löhne abzubauen, indem es sich auf die deutschen Schundlöhne beruft. Die ständigen Plänkeleien zwischen Zechenherren und Bergarbeitern haben einen öfterer Arbeitswechsel zur Folge, was die jährliche Arbeitszeit und mithin das Einkommen des einzelnen Arbeiters im Durchschnitt herabsetzt. Ein Vergleich ist leider nicht möglich, weil alle englischen Zahlen gleich 100 gesetzt sind und als Meßzahlen dienen. Einen Anhaltspunkt geben die deutschen Ziffern, wo (im Ruhrgebiet wie in Oberschlesien) der Jahresverdienst (am englischen Maß gemessen) höher ist als der Schichtverdienst, obwohl die Anzahl der Schichten pro Jahr überall die gleiche ist. Aber nicht England, d. h. das englische Festland ist als Messer genommen, sondern ganz gewaltig ist das Britanien, also England einschließlich des ländlichen, auf niedriger Lebenshaltungsstufe stehenden Irland und einiger Steinkohlen fördernder Inseln. Trotzdem ist England immer noch das Land mit den höchsten Löhnen.

Die Höhe der Löhne ist wieder gemessen an dem Markt jedes Landes. D. h. die Ziffer der ersten und zweiten Kolonne resp. jede ihrer Einheiten sind sich gleichwertig; man kann für einen so sich angeglichenen Betrag in jedem Lande dasselbe Quantum Waren dafür kaufen.

Die Steinkohle als Grundstoff des industriellen Produktionsprozesses ist auch der Preisregulator für alle Waren und mithin ein Barometer der Lebenshaltung des betreffenden Landes. Es ist nicht schwer zu errechnen, daß eine Untersuchung anderer Industrien das gleiche Ergebnis zeitigen würde. Man darf also wohl mit Fug und Recht die Behauptung aussprechen, daß das deutsche Proletariat auf der niedrigsten Lebenshaltungsstufe Europas steht.

Das Land mit den stärksten Gewerkschaften und der größten Sozialdemokratie, das Land mit der meisten sozialdemokratischen Ministern, Oberpräsidenten, Polizeipräsidenten und Landräten, das Land mit dem Rathenkönig von Gewerkschaftsbeamten in Staatsstellungen, ist auch das Land des größten Elends, der niedrigsten Lebenshaltung des Proletariats. Das ist das eigentliche Resultat der Untersuchung des Internationalen Arbeitsamts!

Man kann hier nicht einwenden, daß dies seine Ursache hat in den Kriegsfolgen. Deutschland ist auch das Land mit den meisten Millionären, den (an der Kaufkraft des Geldes gemessen) höchsten Einkommen. Die Außenhandelsbilanz zeigt uns auch, daß, auf den Kopf der Arbeitskraft gerechnet, Deutschland die größte Ausfuhr hat. Und die Jahresberichte der Aktiengesellschaften und der Banken lehren uns, daß das deutsche Kapital keine Not leidet. Die Luxusindustrien, die Schlemmerstätten, die Schauspielhäuser mit ihren Luxuspreisen, und schließlich der von Owen Young berechnete Wohlstandsindex sind ebenfalls kein Ausdruck des Elends. Das Quantum durch das deutsche Proletariat erzeugte Waren das nach dem Auslande ausgeführt bzw. von Nichtstuern im Inlande verzehrt wird, ist groß genug, daß das deutsche Proletariat — kapitalistisch gesprochen — ein Anrecht auf einen größeren Anteil seines Arbeitsertrages hätte.

Warum hat es ihn nicht?

Weil Deutschland das Land mit der größten Gewerkschaftsdisziplin ist!

Neue Bücher.

W. Liebknecht, Volks-Fremdwörterbuch, Leinen 6,80 Mk.
Rothstein, Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in England, Leinen, 5,50 Mk.
Synclair, Boston, Kart. 4,80 Mk., Leinen 7,— Mk.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz.

Chronik

Die Beitragserhöhung für die Arbeitslosenversicherung wurde von der Reichsanstalt befürwortet. Sie soll noch vor dem Herbst durchgeführt werden. Eine Besprechung des Reichsarbeitsministers ergab hierzu die Zustimmung der SPD., Demokraten, Zentrum und Bayrische Volkspartei.

Cook zur Sozialdemokratie zurückgekehrt und zwar zur „Unabhängigen", der er vor seinem Moskauer Gastspiel angehörte. Die englischen Usepeter sind mit der Macdonald-Partei verbündet und nehmen teil an dem Wahlerlokge, d. h. an der Minister- und Beamtenstellen-Besetzung. — Die Ratten verlassen das Schiff.

Sowjets — wie sie sie auflassen. Moskau, 11. Juni (Ost-Expreß.) Nach amtlichen Angaben beträgt die Zahl der Sowjetbeamten 1 130 000, wovon 12 Prozent höhere, 45 Prozent mittlere und 43 Prozent untere Beamten sind. Bemerkenswert ist, daß 75 Prozent der Sowjetbeamten im Alter von 17 bis 34 Jahren stehen, unter den höheren Beamten 50 Prozent. Der Prozentsatz der früheren zaristischen Beamten beträgt 4, der der Kommunisten 7. — Was man so Kommunisten nennt unter den noch nicht nach Sibirien Verschickten.

Für 14 Tage von den Sitzungen des hessischen Landtages ausgeschlossen wurden zwei KPD.-Abgeordnete, weil sie in — Rotfront-Windjacken erschienen. Da die Tagung der jetzigen Verhandlungen vor Ablauf der 14 Tage beendet wird, verlieren die beiden ihre Rechte (Immunität und Diäten) während des ganzen Sommers! — Das ist richtig, denn wer schon keinen Schupo-Tschako hat und keinen grünen Rock, hat zur Komödie Leichenträger-Uniform zu tragen.

Der Immunität verlustig erklärt und zur Strafverfolgung freigegeben wurde vom bayrischen Landtag der KPD.-Abgeordnete Dressel, weil er im März dieses Jahres an der Spitze eines Arbeitslosenzuges marschierte, der mit der Polizei in Konflikt kam. — Warum macht der Mann das auch. Ansammlungen und Umzüge dürfen nur stattfinden, wenn Könige auf den Bahnhöfen erscheinen oder die Gewerkschaften gegen eine Streikbeteiligung „abstimmen" lassen.

Die Zeitungsverleger ehren Ebert und Hindenburg. Der Verein deutscher Zeitungsverleger, der soeben in Heidelberg seine Hauptversammlung abhielt, ließ am Grabe Fritz Eberts einen Kranz niederlegen und sandte an Hindenburg ein Telegramm, in dem er ihm für seine „hohe Auffassung von den Aufgaben der Presse" dankt. — Diese Ehrung der Mosse, Scherl, Ullstein, Büxenstein und Konsorten haben beide redlich verdient.

Max Hölz hat einen Strafbefehl über 50 Mark erhalten, weil er den Redakteur der „Welt a. Abend", Rabold, in der Redaktion verprügelt hat. Hölz hat durch Rechtsanwalt Apel Einspruch erhoben, da er glaubt, daß der Rabold nicht für volle 50 Mark abbekommen hat.

Die „Welt am Abend" vor dem Arbeitsgericht. Nachdem schon zwei andere Redakteure ihre Forderungen vor dem Arbeitsgericht gegen Münzenberg ausgeklagt haben, forderte jetzt ein Dritter, Caro, Gehalt für die Kündigungszeit. Er wie die beiden anderen hatten ihre Stellung fristlos aufgegeben, weil das Blatt angeblich auf Befehl der Zentrale der KPD. seine Sprache verschärft habe. Durch Verlesung einer Anzahl Nummern konnte sich das Gericht von der Behauptung nicht überzeugen. Wohl habe die Zentrale dies versucht. Es fand eine Einigung statt und Caro erhielt 600 Mark. — Die Herren, die plötzlich „aus Gewissensbedenken die verbrecherische Politik der Kommunistischen Partei nicht mitmachen" wollten, wollten nur die Zörgiebel-Massakers wahrnehmen, um zur Sozialdemokratie hinüberzuwechseln, wo sie bemerkt immer hingehörten.

Amerika will nach Amsterdam. Bei den amerikanischen Gewerkschaftsbesitzern sind Bestrebungen im Gange, den panamerikanischen Gewerkschaftsbund mit dem Amsterdamer zusammenzuschließen. Die Amerikaner sind insofern ehrlicher, als sie ihre Gegnerschaft zum Sozialismus und ihre Kapitalsfreundlichkeit auch offen bekennen.

Lombardschwindler Bergmann aus der Haft entlassen. Bergmann war bekanntlich zu drei Jahren Gefängnis und 30 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Ein Gefängnis hat er allerdings noch nicht gesehen. Er war bis jetzt im Krankenhaus. — Man muß Geld haben, dann ist Verstand nicht nötig.

Buchbesprechungen

Dreißig neue Erzähler des neuen Rußland. Junge russische Prosa. Malik-Verlag, Berlin.

Es ist allen geworden, im Kreise eiriger Leser der modernen russischen Literatur, daß man jedes neu erscheinende Werk durch die Brille des „Neuen Rußland" betrachtet und so von vornherein weniger den Inhalt als den Erzeuger als das Primäre ansieht. Bücher des „Neuen Rußland", das heißt, selbst der verdeuteste Stoff wird mit der noch in den Kinderschuhen steckenden Entwicklung Rußlands entschuldigt. Dieser eben gekennzeichnete Zustand trifft zu einem, wenn auch geringen Teil auf das vom Malik-Verlag herausgegebene Buch „Dreißig neue Erzähler des neuen Rußland" zu. Eine Anzahl Erzählungen sind wertlos, doch möchten sie zu entschuldigen sein, weil sich der größte Teil angenehm von den wenigen Nieten abhebt und das Buch somit lesenswert machen. Die Erzählungen von Tympanow, Babel, Semor und anderen zeigen die den Russen so oft nachgerühmte realistische Auffassung und literarische Wiedergabe. Das Wiederspiegeln der harten, rauhen, oft grotesk anmutenden Wirklichkeit. Kurz gesagt, trotz der von uns angedeuteten Schwächen des Buches, ein Werk, welches sich wohltuend vom Haufen bürgerlichen Schmocks abhebt.

Organisatorische Mitteilungen

Groß-Berlin

15. Unterbezirk.

Die Sitzungen finden jeden Freitag nachmittag 5 Uhr bei Jahnke, Brückenstr. 3, statt. Nächste Sitzung 21. Juni.

Gedächtnisfeier für Oskar Kanehl

Sonntag, den 16. Juni, vormittags 10 Uhr, Sophiensäle, unter Mitwirkung von Alexander Cranach und Gertrud Eysold und der Freien Sänger Moabit. — Eintritt frei.

Sonnenwendfeier.

Am Sonnabend, den 22. Juni, abends zwischen 7—8 Uhr, treffen sich alle Genossen, die sich an der diesjährigen Sonnenwendfeier beteiligen wollen, am Bahnhof Mahlsdorf (Strecke Schlesischer Bahnhof—Strausberg).

Die Feier findet am Mittelsee bei Hönow statt. Für Nachzügler ist Treffpunkt Sonntag, früh zwischen 7—8 Uhr am Bhf. Mahlsdorf.

Nähere Auskunft in der Buchhandlung für Arbeiterliteratur, SO 36, Lausitzer Platz 13.

Herausgeb. und f. d. Inhalt verantwortl.: Wilh. Tietz-Berlin N. Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Isadonat, Berlin O 17.

10. Jahrg. Nr. 25

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 22. Juni 1929

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal.

Inserate werden nicht aufgenommen.

Die „neue" Linie der KPD.

Es ist eine wohl begründete Tatsache, daß eine Partei die unter dem Druck der herrschenden Staatsgewalt steht, deren Presse unterdrückt ist, und die schon verzweifelt um ihre Legalität kämpft, leichter die inneren Gegensätze überbrücken kann als in völliger Freiheit. Die alte Sozialdemokratie hat durch das Sozialistengesetz diese ihr innewohnenden Gegensätze bis zu einem Grade verdrängt, daß nach dem Fall des Sozialistengesetzes nicht genügend Zeit und nicht genügend Distanz zu den inneren Streitigkeiten möglich wurde, um die grundsätzlichen Probleme um die es damals schon ging, ohne Sentimentalität zu stellen und zu beantworten. Auch die eingefleischtesten Revisionisten haben alle Einwände gegen die prinzipiellen Grundlagen ihrer Politik mit der Märtyrerkrone zu erschlagen versucht, die ihnen Bismarck auf ihren reformistischen Schädel stülpte. Das Proletariat hat das Versäumnis, rechtzeitig und rücksichtslos den Trennungsstrich mit ihnen zu ziehen, selbst um den Preis der Spaltung, 1914 und die späteren Jahre mit einem Meer von Blut bezahlt.

Der zwölfte Parteitag der KPD. war ebenfalls beherrscht von den Gefühlen, daß das Verbot des RFB. und die Unterdrückung der Presse ein genügender Beweis für die „revolutionäre Linie" der Gesamtpartei sei. Die bolschewistische Terminologie von „rechts" und „links" war das Benzin, um die kochende Volksseele gegen die „Versöhnler" aufzubringen, deren Position von vornherein hoffungslos war. Dann die Begrüßungsansprachen, die Betriebsdelegationen, die Fahnendelegationen und Einmärsche, die Demonstration an die Gräber der Maiopfer usw., das alles diente einem Zweck: von vornherein eine Atmosphäre zu schaffen der „Einmütigkeit", mit Hilfe derer man uns das wirkliche Thema herumkommt.

Alle „Analysen" schaffen nämlich die Tatsache nicht aus der Welt, daß die KPD. mit ihrer „Strategie und Taktik" in einer Sackgasse sitzt. Wir wollen in diesem Zusammenhang nicht rütteln an dem Vaterunser der „dritten Periode", wie man die heutige Lage zu bezeichnen beliebt. Wir sind vielmehr der Meinung, daß diese Periode, die von der KPD. als jene Periode charakterisiert wird, „wo die reformistische Führung mit dem Kapitalismus verwächst" nicht erst voriges Jahr begann, sondern schon lange vor dem Krieg. Die KPD. hat das nicht recht begriffen, war vielmehr selbst so mit dem Kapitalismus „verwachsen", daß sie das Bedürfnis fühlte, ihre eigene Vergangenheit folgendermaßen zu charakterisieren:

„Die wichtigste Voraussetzung für die Durchführung der ersten Rationalisierungswelle war die Niederschlagung des deutschen Proletariats und die Demoralisierung seiner Kampffront. Das gelang der Bourgeoisie mit Hilfe der Sozialdemokratie **und objektiv unterstützt durch schwere Fehler der Politik der Kommunistischen Partei in den Jahren 1923/24."**

Das sagte laut Parteitagsbericht Merker, der Referent zur „Gewerkschaftsfrage". Damit ist aber auch schon die Kernfrage berührt, um die es geht. Die KPD. ist nie etwas anderes gewesen, als eine „radikale" Gewerkschaftsfraktion. Sie „wollte" immer wieder die Frage ignorieren, daß der Verrat der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften die reife Frucht der parlamentarisch- gewerkschaftlichen Politik ist. Sie hat jene Arbeiter, die aus Krieg und weißem Terror die Konsequenzen zogen, daß jede Führerdiplomatie eine Schutzwehr gegen proletarische Initiative ist, als „Agenten der Bourgeois!" beschimpft und in Versammlungen Pogrome gegen sie organisiert, jede Gemeinheit am Proletariat „objektiv unterstützt", nur, weil diese revolutionären Arbeiter das erkannten, was man in der KPD. so dunkel zu ahnen beginnt, nämlich:

„Wenn die reformistische Führung mit dem Kapitalismus verwächst, kann man da behaupten, daß der Kampf der von der Kommunistischen Partei geführten Arbeiterklasse ohne ein gewisses Sprengen des bestehenden reformistischen Gewerkschaftsrahmens abgehen kann? Es ist klar, daß man derartiges nicht behaupten kann, ohne einem Opportunismus zu verfallen. **Vollkommen denkbar wäre daher eine solche Situation, in der es notwendig werden kann, parallele Massenorganisationen der Arbeiterklasse zu schaffen, entgegen dem Willen der sich an die Kapitalisten verkaufenden Bonzen. Eine solche Situation haben wir bereits in Amerika. Es ist durchaus möglich, daß auch in Deutschland die Entwicklung in dieser Richtung verlaufen wird."**

Diese Worte hat Stalin, der allmächtige Papst der Moskauer Kirche, als Plattform für die Perspektive nach dem Fiasko der „Eroberung der Gewerkschaften" geprägt, und diese „Plattform" war die „Seite" der neuen Taktik des 12. Parteitages, auf die sich alle großen und kleinen Bonzen der KPD. nun zu retten suchen. Merker ergänzt das Stalinsche Evangelium noch mit folgenden Sätzen:

„Ich möchte — sagt er — in diesem Zusammenhang einige Worte über die Frage der Rolle der Amsterdamer Internationale und der Roten Gewerkschaftsinternationale sagen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam ist die Internationale der korrumpierten und gekauften arbeiteraristokratischen Oberschicht in den Gewerkschaften aller kapitalistischen Länder."

Und er fährt dann fort:

„Ich frage: **wo ist eine Grenze zu finden zwischen der faschistischen Werksgemeinschaft, zwischen der Hilferdingschen „Betriebsdemokratie" und dem Leipartschen „Wirtschaftsbürgertum"?** Hier lassen andere wackere Sozialimperialisten selbst die Christen und Deutschnationalen hinter sich und ziehen in den Armen des gewöhnlichen Faschismus. Und das keineswegs nur in der „hohen Theorie", in den Parteitagsreden und Broschüren. Das deutsche Proletariat hat auch die Praxis zu spüren bekommen. **Es besteht kein Unterschied mehr zwischen der Politik der sogenannten freien Gewerkschaften und der Politik der Christlichen und Hirsch-Dunckerschen.** Der Streik der Ruhrarbeiter, der Hennigsdorfer Metallarbeiterstreik sind der Ausdruck der entscheidenden Wendung, die die sozialimperialistischen Führer der SPD. und der Gewerkschaften durchgemacht haben. Sie befinden sich auf dem Wege zum Sozialfaschismus. **Das ist der dritte, große Unterschied zwischen der Situation während des Essener Parteitages und des Berliner Parteitages 1929."**

Man könnte ausrufen: „Spät kommt ihr, doch ihr kommt!" Doch die „späte Erkenntnis" ist nur die billige Wortphraseologie. Der Arbeiter wartet darauf, welche Konsequenzen der 12. Parteitag der KPD. aus der Tatsache ziehen wird, daß das Proletariat in den Gewerkschaften der „Internationale der korrumpierten und gekauften Oberschicht ausgeliefert ist. Und der 12. Parteitag gibt ihm folgende Antwort:

„Wir fürchten die Entwicklung nicht, wenn wir die Politik des 4. RGJ.-Kongresses und des 6. Weltkongresses durchführen. **Die so entstehenden Splitter, oder die hier und dort im Zusammenhang mit diesen Abspaltungsmaßnahmen entstehenden Verbände sind Begleiterscheinungen des Kampfes der revolutionären Opposition gegen die Gewerkschaftsbürokratie und noch nicht die Grundlage einer allgemeinen einheitlichen revolutionären Gewerkschaftsbewegung.**

Wir dürfen nicht vergessen, daß in Deutschland Arbeitergewerkschaften mit einer Mitgliederzahl von mehr als 6½ Millionen vorhanden sind."

Die Parole des ADGB. hat zwar schmählich Schiffbruch erlitten, aber — die Trümmer, auf denen die KPD. sitzen bleibt, „sind noch nicht die Grundlage einer allgemeinen einheitlichen Gewerkschaftspolitik". Die „Arbeitergewerkschaften" mit mehr als 6½ Millionen Mitgliedern haben es der KPD. weiter angetan. Die „Rote Gewerkschaftsinternationale" soll weiter die Konkursmasse verwalten, die in der Form von ausgeschlossenen Zahlstellen übrig bleibt. Das Proletariat soll „kämpfen" mit „Vertrauensleuten", „Streikleitungen", „Betriebskomitees" usw. Die Kardinalfrage, daß die Arbeiterklasse dazu übergehen muß, sich für die Massenaktion gegen den Kapitalismus die Organisationen zu schaffen, in denen an Stelle der Führerdiplomatie die proletarische Initiative von unten auf gewahrt bleibt. Die Betriebsorganisationen als Glieder der Klassenorganisation des Proletariats wird überhaupt nicht berührt. So hängen alle Phrasen über die „Sozialfaschisten" einfach in der Luft. Man kommt über hysterische Anfälle und lächerliches Gebrüll über „Verräter" einfach nicht hinaus. Ein offener, jämmerlicher Bankerott.

Die Gliederung der deutschen Arbeiterklasse.

„Die Lohnstenerstatistik gibt eine Vorstellung über die Gliederung der deutschen Arbeiterklasse, über den Umfang ihrer obersten Schicht und den breiten untersten Massen. Es sind in Deutschland 23 Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger vorhanden. Von diesen verdienen 10 Millionen einen Wochenlohn bis zu 25 Mark, 7,8 Millionen erreichen einen Wochenlohn bis zu 28 Mark, 4 Millionen erhalten einen Wochenlohn von 28 bis 58 Mark, und 1 Million von 58 bis 75 Mark Wochenlohn. Die restlichen verfügen über ein Einkommen von mehr als 75 Mark pro Woche. (Zu ihnen gehören auch alle höheren Privatangestellten und Staatsbeamten.) Wir haben also etwa 18 Millionen Arbeiter und Angestellte, die ein Einkommen bis 28 Mark pro Woche haben. Das ist die soziale Basis, auf die wir in der ersten Linie uns stützen müssen.

Unser Kampf muß geführt werden nicht nur gegen die mit dem kapitalistischen Staatsapparat immer mehr verwachsenden Spitzen der Gewerkschaften, sondern auch mit ihrem arbeiteraristokratischen Anhang in den Betrieben. Der Gewerkschaftsapparat verwächst immer mehr mit dem bürgerlichen Wirtschafts- und Staatsapparat. Zu vielen Hunderten befinden sich ehemalige Gewerkschaftsführer in den wichtigsten Positionen des bürgerlichen Staatsapparates als Minister, Polizeipräsidenten, Regierungspräsidenten usw.

Die SPD. verfügt über etwa 44 000 Abgeordnete des Landtags, der Provinz- und Gemeindeparlamente, die alle schon besoldet oder die Hoffnung auf Besoldung vom kapitalistischen Staat haben. Die SPD. verfügt über rund 50 000 Angestellte und Beamte bei Behörden, Gewerkschaften, Genossenschaften usw. Aber auch die sozialdemokratischen Betriebsräte, die gutbezahlte obere Schicht der qualifizierten Arbeiter bilden den arbeiteraristokratischen Kern in den Betrieben."

Besser kann eigentlich nicht gezeigt werden, was es mit den „Arbeitergewerkschaften" auf sich hat. Armer Merker! Er muß in seinem Schlußwort nun gegen die „Versöhnler" polemisieren, und wirft dabei auch den halben Rest von „Logik" über den Haufen, den der eine oder der andere noch aus seiner „Linie" gern herauslassen möchte. — Denn obiges Zitat ist keine Erwiderung von uns — das besorgt Merker selbst. Er zeigt die „Arbeitergewerkschaften" als die Organisationen der bestochenen Arbeiteraristokratie — und geht nach Hause. Auch ein Mittelstein der Entwicklung, — wenn auch von der Wirklichkeit in das Reich lächerlicher, tagelanger Schwätzerei.

Die Figuren die dort die bedauernswerten Proletarier ermüdeten, indem sie Rekorde im Dauerreden aufstellten um in diesen Dauerreden nichts zu sagen, sind nur Anreißer für eine „Politik", deren Träger andere Sorgen haben, als die ideologische Entwicklung des Proletariats von ohnmächtigen Untertanen der Führerorganisationen zum klassenbewußten Träger seines eigenen Schicksals in seinem weltgeschichtlichen Kampf. **Moskau hat dem Proletariat nichts mehr zu sagen! Das ist der Sinn des 12. Parteitages der KPD.** Aber Moskau braucht Massen für seine kapitalistische Staatsdiplomatie. Moskau braucht Massen die gläubig zu dem heiligen Stuhl im Kreml aufschauen, die aber keinen Schritt weiter gehen, als die russische Diplomatie dies wünscht. Moskau braucht die Entnervung der revolutionären Bewegung, braucht die schreiende und polternde Ohnmacht und scheut kein Mittel, jene korrumpierten Thälmänner in den Sätteln zu halten, die zu allem fähig sind.

Das revolutionäre Proletariat jedoch weiß, daß mit dem immer offensichtlicher werdenden Klassenverrat der Gewerkschaften und Sozialdemokratie auch die Mauern unterspült werden, auf denen die prinzipien- und charakterlose „Politik", Moskaus ruht. Die Bürokratie der KPD. wird nicht kommen — die KPD. sagt deutlich, warum sie nicht kommt. Aber die ehrlichen Proletarier der KPD. werden — über kurz oder lang — begreifen, daß die erste Bedingung der Befreiung des Proletariats die Befreiung aus den organisatorischen und ideellen Fesseln einer verlumpten Bürokratie ist.

Englischer Sozialismus

Der Wahlsieg der Labour Party wird von allen s

denkt mit dem Bürgertum noch weit übertrifft. Der Führer der Labour Party, George Lansbury, hat einen in der gesamten sozialdemokratischen Presse erschienenen Artikel veröffentlicht unter dem Titel: „Der Sozialismus ist eingewirkt in unserer ahne". Diese schöne Ueberschrift trifft das Wesen des englischen Sozialismus ganz klar, nämlich, daß dieser Sozialismus nur in der Fahne eingewirkt ist; sonst aber lediglich einen aufgewärmten Liberalismus darstellt.

Der beste Beweis ist die Definition für Sozialismus, welche Trevelyan, einer der bedeutendsten englischen Arbeiterführer, gegeben hat. Er sagt wörtlich: „Wir werden das Ziel nicht auf dem russischen Weg erreichen, nicht auf dem italienischen oder nach irgendeinem anderen Vorbild, sondern in unserer britischen Art und Weise. Was heißt das? Wir werden es machen, wie wir es mit der Demokratie und mit allen anderen großen Errungenschaften getan haben. Zuerst machen wir ein, zwei große Schritte, dann bleiben wir einen Augenblick stehen und schauen uns um: ist es schlecht, was wir gemacht haben — weil (gut), dann werden die Tories (Konservativen) wieder drankommen. Aber es wird nicht schlecht sein: dann werden wir ein, zwei weitere Schritte machen. Und dann — dann fangen wir an zu rennen."

Gegenüber diesem Rennprogramm des englischen Sozialismus ist sogar die deutsche Ausgabe revolutionär. Die Parole: „Immer langsam voran", welche die konservative Partei hat, wird durchaus von der Labour Party aufgenommen. Deshalb ist auch die Wahllösung, daß die Labour Party dort anfängt, wo sie 1924 aufgehört hat, ganz charakteristisch. Es ist ein zäher Kampf um die Durchführung sozialreformerischer Ideen.

Die bisherige Politik der Baldwin-Regierung hat lediglich den Interessen des englischen Bank- und Handelskapitals gedient, während keinerlei Fortschritte in der Entwicklung des Industriekapitals zu verzeichnen waren. Auf dem ganzen Festlande hat sich inzwischen ein stark rationalisiertes und konzentriertes Industriekapital entwickelt. Die englische Industrie ist dadurch stark in Rückstand gekommen und muß für die Zukunft einen weiteren Rückgang befürchten. Diese Tatsache zeigt sich am deutlichsten in der Dauerarbeitslosigkeit, welche in England seit der Beendigung des Weltkrieges herrscht. Diese beträgt 11 bis 12 Prozent gegenüber 4 bis 5 Prozent der versicherten Arbeiterschaft in der Vorkriegszeit. Diese eine Million Arbeitslosen sollen um 500 000 vermindert und damit eine außerordentlich schwere Belastung der gesamten Wirtschaft ausgemerzt werden. Lansbury drückt diese Notwendigkeit darin aus, daß die englische Arbeiterpartei den Neubau des industriellen und sozialen Lebens des Volkes durchzuführen hat.

Es ist dasselbe Programm, was die deutsche Sozialdemokratie nach der Aufhebung der Inflation zu verwirklichen hatte. Der industrielle Aufbau des deutschen Kapitals in Gemeinschaft mit dem Industrieunternehmertum war die Parole, die die sozialdemokratische Bewegung seit dem Jahre 1924 beherrscht. Mit Hilfe der Arbeiterschaft soll die Rationalisierung der Industrie durchgeführt werden. Das englische Kapital gebraucht genau so wie das deutsche Kapital die Unterstützung der Gewerkschaften. Es kann nicht mehr die kraß arbeiterfeindliche Politik der Baldwin-Regierung betreiben, weil durch sie gerade die Entwicklung der Gewerkschaften als ausschlaggebende Arbeitnehmerorganisation gehindert wurden. Die Baldwin-Regierung hat im Jahre 1926 im Anschluß an den Bergarbeiterstreik ein sogenanntes Antigewerkschaftsgesetz erlassen. Es wurde das Streikpostenstehen verboten. Ebenso durften die Staatsangestellten nicht zum Gewerkschaftsbund gehören. Den Gewerkschaften war die Leistung von Beiträgen an die Arbeiterpartei für die ganze Mitgliedschaft verboten. Damit sollten die finanziellen Kräfte der Arbeiterpartei, der die Gewerkschaften kooperativ angeschlossen waren, untergraben werden. Ihr Werk ist die Aufhebung des 7-Stundentagegesetzes für den Bergbau und die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung.

Um die Arbeiterschaft für die Rationalisierung zu gewinnen, muß ihr natürlich die Illusion von Erfolgsmöglichkeiten als Ersatz für ihre Zustimmung zur Durchführung der Rationalisierung gegeben werden. Das Industriekapital braucht in der Anfangszeit seines Uebergangs zur Rationalisierung die Unterstützung durch die Arbeiterschaft, weil die Rationalisierung zu einer weiteren Verstärkung der Arbeitslosigkeit führen muß. Diese Wirkungen müssen in der Uebergangszeit durch reformistische Maßregeln ausgeglichen werden, um eine Rebellion der Arbeiterschaft gegen die in der Rationalisierung liegende verschärfte Ausbeutung zu vermeiden. Das Gift des Reformismus ist die soziale Reform, durch die den Arbeitern eine Hebung ihres Lebensstandards vorgegaukelt wird. Es werden ihnen Erfolge durch die Demokratie und den Parlamentarismus bereitwilligst zugestanden, solange die Arbeiterschaft für die Zwecke des Aufbaus gebraucht wird. Desnalb wird jetzt auch der Arbeiterpartei formell die Regierung überlassen.

Die englische Industrie wird im Gegensatz zum Kontinent von der liberalen Partei vertreten. Die Ideen des englischen Liberalismus sind immer identisch mit den Interessen des ergriffenen Industriekapitals gewesen, während die konservative Partei sich im wesentlichen auf das englische Bankkapital stützte. Die englische Industrie braucht den Freihandel. Ihre Entwicklung im 19. Jahrhundert verdankt sie gerade dem Freihandel. Die englische Arbeiterschaft ist ebenfalls für den Freihandel, weil er die Entwicklung der englischen Industrie und die Einführung billiger Lebensmittel aus dem Auslande unterstützt. Die Gewinne des englischen Bankkapitals dagegen beruhen auf dem System der durch Raubbau erfolgenden Enteignung des englischen Kolanialgebietes, während die Industrie am Raubbau kein Interesse hat, sondern im Gegenteil durch den Raubbau die Einwohner der Kolonien als Abnehmer verloren gehen. In England ist noch nicht die starke Verbindung zwischen Bankkapital und Industriekapital durchgeführt. Die Konzentration des Kapitals ist aus demselben Grunde noch lange nicht so fortgeschritten, wie in den Industrieländern des Kontinents und in Amerika. Sie befindet sich vielmehr erst in dem Anfangsstadium. Das Industriekapital und die Gewerkschaften haben das gemeinsame Interesse, die englische industrielle Entwicklung auf den allgemeinen Welttandard zu bringen. Wenn trotzdem die liberale Partei in die Wahl mit einer antisozialistischen Parole gegangen ist, so diente diese Parole nur dazu, die Anhänger der konservativen Partei zu der liberalen Partei hinzuziehen, also lediglich der Wahlmache. Praktisch ist das Wirtschaftsprogramm der liberalen Partei und der Labour Party identisch und zwar in einem Maßstab, daß sie sich gegenseitig vorwerfen, voneinander das Programm gestohlen zu haben.

Aber die Tatsache, daß die Gewerkschaften der einzige feste Damm sind, der Deutschland bisher vor der bolschewistischen Flut geschützt hat, bleibt bestehen.

(Aus dem damaligen Hauptorgan der deutschen Gewerkschaften, dem „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" vom Juni 1921.)

Das Programm der liberalen Partei und der Labour Party haben als Ausgangspunkt die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Schon diese Identität weist auf die gemeinsame Grundlage hin. Lloyd George hat durch Keynes Stamp Mc Kenna ein Wahlprogramm ausarbeiten lassen, in welchem er ein konkretes Wirtschaftsprogramm entwickelt, das genau so gut von der Arbeiterpartei herrühren könnte bzw. umgekehrt. Er verlangt prinzipiell vor allem die Rückkehr zur freien Weltwirtschaft und die Beseitigung aller Handelsschranken. Um die Arbeitslosigkeit zu verhindern, fordert er eine erhebliche Erweiterung der öffentlichen Arbeiten durch Ausdehnung des Straßennetzes, Ausgestaltung des Elektrizitäts- und Telephonnetzes, Verbesserung des Wohnungswesens, landwirtschaftliche Meliorationen usw., die von staatswegen mit einem Aufwand von rund 6 Milliarden innerhalb von 2 bis 3 Jahren unternommen werden sollen, ohne daß die Steuerzahler dadurch belastet werden. Diese Summe will er größtenteils auf dem Anleihewege aufbringen. Das wichtigste Argument, das er zur Begründung dieses Programms aufbringt, ist die Tatsache, daß das englische Kapital mehr als 2 Milliarden jährlich an das Ausland ausleihe, während es seine eigene Industrie verdorren läßt. Der Ausleihezwang sei durch das Schatzamt und die Bank of England hervorgerufen, welche künstlich die Preise und Zinsen niedrig halten. Aus dieser Wendung geht ganz klar hervor, daß sich der Angriff gegen das englische Bankkapital richtet, durch das seine Entwicklung der Industrie gehemmt wird.

Die Labour Party stimmt im wesentlichen mit diesen Verbesserungen überein. Grundsätzlich unterscheidet sie sich nur in dem einen Punkt, daß das Programm Mac Donalds die Nationalisierung wichtiger Industriegruppen verlangt, während Lloyd George bei der „individuellen Kontrolle der Industrie" bleiben will. Praktisch denkt aber die Arbeiterpartei gar nicht daran, dieses Programm zu verwirklichen. Sie beschränkt sich darauf, die Nationalisierung des Kohlenbergbaues als eine unmittelbare Notwendigkeit vorzuschlagen. Auch hierbei stützt sie sich auf Gutachten des liberalen Führers Sir Herbert Samuel, welches er im Jahre 1925 ausgearbeitet hat. In der Praxis ist diese Nationalisierung nur eine Subvention des Kohlenbergbaues, der am stärksten unter der Wirtschaftslage und der wirtschaftlichen Umgestaltung der Brennstoffverwendung leidet. Die Erweiterung der öffentlichen Arbeiten soll praktisch die Durchführung der Rationalisierung, durch die eine große Anzahl von Arbeitskräften freigesetzt werden, erleichtern.

Gegen dieses Programm hat natürlich die Arbeiterpartei keinerlei Bedenken. Wie langsam die Arbeiterpartei vor sich gehen will, geht schon daraus hervor, daß auch noch ein „besonderer Wirtschaftsrat" gegründet werden soll, der neben der Regierung bestehen und die zu unternehmenden Schritte vorbereiten soll. Von den Nationalisierungsplänen insbesondere der Bank von England wird nichts mehr erwähnt. Neben einer vorsichtigen Fassung der finanzpolitischen Grundsätze und der Errichtung eines Kartellamts bleibt im Manifest der Arbeiterpartei nur noch eine sehr schöne Aufzählung fortschrittlicher Wirtschaftspolitik, Ausbau der Sozialversicherung, Fabrikgesetzgebung, Ratifikation des Genfer 8-Stundentagabkommens, eine königliche Kommission für die Alkoholgesetzgebung, landwirtschaftliche Reformen, Unterrichtsreformen usw. Auch dieser Teil kam, wie schon erwähnt, von der liberalen Partei ohne weiteres mitgemacht werden.

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist der Ausbau der Gemeindeverwaltung. Wie liberal, ist die Gemeinde die hauptsächlichste Stütze für die Sozialdemokratie! So der Ausbau verschiedener sozialer Einrichtungen, Förderung des Wohnungsbaues u. a. m. Die dauernden Reformpläne unterhalten am stärksten die Illusion, daß durch Demokratie und Parlamentarismus der Arbeiterschaft eine Aufwärtsentwicklung garantiert wird. Die Ausgaben der Städte für diese Reformbestrebungen werden vom Kapital solange gefördert, als der Industrie auf diesem Wege eine höhere Beschäftigung ohne wesentlichen Eingriff in die Vorrechte des Privatkapitals gewährt wird. Es fließt nämlich auf diesem Wege ein erheblicher Profit dem Kapital zu. Die Grenze für die Bewilligung solcher Reformpläne ist regelmäßig die Bedrohung der Akkumulation durch einen übermäßigen Konsum. Das Kapital überläßt den Arbeiterorganisationen gern die Selbstverwaltung der Städte, weil es dadurch die Arbeiterschaft an die kapitalistische Entwicklung fesselt. Es hemmt damit direkt die revolutionäre Gefahr, indem es der Arbeiterschaft positive Aufgaben zuweist. Die Gewerkschaften ergreifen ihrerseits gern die Gelegenheit, um auf diese Weise die Arbeiterschaft fest in die Hand zu bekommen.

Auf das konservative Programm einzugehen, lohnt sich kaum. Ihr Schlagerwort ist „Safety first" (Immer mit der Ruhe). Im wesentlichen enthält es eine Fortführung der bisherigen Politik. Der Ausbau von Schutzzöllen bildet den hauptsächlichen Gegensatz zu den Programmen der beiden anderen Parteien. Mäßigere Formen zugunsten der Arbeiterschaft werden ebenfalls vorgeschlagen. Im Zusammenhang mit dem Schutzzollprogramm wird ein außerordentlicher Wert auf eine engere Zusammenfassung des gesamten englischen Weltreichs gelegt, wobei besonders Vorzugszölle für die Kolonialeinfuhr eine Rolle spielen.

Gegenüber dem Innenprogramm spielt die Außenpolitik eine weit geringere Rolle. Auch hier gehen die Wünsche der Arbeiterpartei und liberalen Partei parallel. Beide verlangen eine Aufgabe der Außenpolitik Chamberlains. Der Gegensatz zu den Vereinigten Staaten soll beseitigt werden. Die Verbindung mit Rußland ist für beide eine Notwendigkeit zur Hebung des Exports. Auch mißbilligen beide Parteien die zu enge Koalition mit dem französischen Kapital, weil diese zu einer Verschlechterung der Beziehungen zu Amerika geführt hat und auch führen muß. Zwangsweise ergibt sich daraus eine Annäherung an das deutsche Kapital. Insoweit hat die deutsche Sozialdemokratie eine Berechtigung, sich über den Sieg ihrer englischen Freunde zu freuen. Sie wird dadurch für das deutsche Kapital eine wichtige Hilfskraft und hat zu einer Festigung der Koalitionsregierung Hermann Müller geführt. Dagegen ist die Hoffnung, daß der Sieg der englischen Arbeiterpartei gleichzeitig zu einer Niederhaltung des Imperialismus führt, vollkommen unrichtig. Die englische Arbeiterpartei wird vom englischen Industriekapital nur für die Rationalisierung benötigt. Das englische Kapital vollzieht damit nur seine Aufrüstung zur imperialistischen Auseinandersetzung. Es bereitet also gerade mit Hilfe der englischen Arbeiterpartei den dritten Weltkrieg vor. Auch zeigen die englischen Wahlziffern keineswegs einen Sieg der Arbeiterpartei. Die Stimmenanzahl der konservativen Partei übersteigt die der Arbeiterpartei um 200 000. Die Stimmen der Liberalen in Höhe von 5 Millionen müssen aber als Stimmen des englischen Imperialismus den Stimmen der Konservativen hinzugerechnet werden. Die Zusammensetzung des Unterhauses nach dem Proportionalsystem würde folgende Mandate ergeben:

	Konservative	Liberale	Arbeiterp.
Nach dem heutigen System	252	56	289
Nach dem Proportionalsystem	236	134	225

Man sieht also, daß der Wahlsieg der Arbeiterpartei nur dem englischen Wahlmodus zu verdanken ist.

Eine vollkommene Pleite hat die komm. Partei Englands erlitten. Sie hat in den 25 Wahlbezirken lediglich 50 000 Stimmen aufzubringen vermocht. Sie hat ihr einziges bisheriges Mandat eingebüßt.

Selbst dieser noch verfälschte Sozialismus hat trotz der Sympathie der englischen Arbeiter für Rußland keinen Widerhall finden können. Daraus ergibt sich, wie weit noch die englische Arbeiterschaft von den sozialistischen Ideen trotz der „radikalen" Entwicklung der letzten Jahre entfernt ist.

Der englische Wahlsieg ist ein Sieg der demokratischen Illusion und eine Niederlage der sozialistischen Idee. Die Arbeitsgemeinschaft hat in England ihre ersten Erfolge aufzuweisen. Der Weg der Enttäuschung über die Wirtschaftsdemokratie, den die deutsche Arbeiterschaft schon hinter sich hat, steht dem englischen Proletariat noch bevor. Es hat nichts aus der deutschen Entwicklung gelernt und folgt mit Begeisterung den Lockrufen des englischen Kapitals.

Finanzkatastrophe und Paschawirtschaft

Sozialdemokratische Minister verschleudern Arbeitersteuern.

Aus der Finanzkrise des Reiches ist eine Finanzkatastrophe geworden. Das Reich befindet sich in einer Geldklemme, wie es seit Bestehen noch keine hatte. Die Steuern bleiben hinter der Schätzung zurück, die Ausgaben steigen. Das Proletariat ist steuerlich angespannt, daß es nicht noch mehr belastet werden kann, soll es nicht an seiner Arbeitskraft einbüßen und dem Kapital so Schaden zufügen, oder zur Rebellion getrieben werden. Auf der andern Seite muß der sozialdemokratische Finanzminister Hilferding das Geld an die Bourgeoisie mit vollen Händen weggeben und ihr jede Konzession machen, um die Sozialdemokratie in der Regierung zu halten.

Im Jahre 1926, nach der Inflation, in einer ungeheuern wirtschaftlichen Krise, als große Teile des Volkes, vor allem das gesamte Proletariat, wirtschaftlich darniederlagen, in diesem Jahre 1926 hatte das Reich eine Milliarde Kassenüberschuß. Heute — d. h. das Jahr 1928 —, nach der Hochkonjunktur, wo mehr Arbeitsstunden einlaufen als 1926, wo das gesamte Kapital goldene Ernten eingeheimst hat, heute, wo die Nation als Ganzes bedeutend reicher ist als 1926, heute hat das Reich fast zwei Milliarden Defizit. Die Anleihe, die 500 Millionen Mark bringen sollte, die dem Kapital ungeheure Vorteile bietet, hat noch nicht den dritten Teil gebracht. Die Summe reicht nicht mal zu den allernotwendigsten Ausgaben.

Staaten und Gemeinden sind gleichermaßen überschuldet wie das Reich. Die Bourgeoisie duldet die Sozialdemokratie in den Regierungen des Reiches, der Staaten und der Gemeinden, weil sie von ihr auf Kosten des Proletariats alle Erleichterungen hat, weil die Sozialdemokratie das Proletariat in Schach hält und es mit demokratischen Illusionen benebelt.

Die Finanzkatastrophe des Reiches ist so ungeheuer, daß die bürgerliche Presse, vor allem der „Vorwärts", als Regierungsorgan sich darüber ausschweigen, aus Furcht, daß sie durch Bekanntwerden der Tatsachen die offene Inflation heraufbeschwören könnten. Herr Hilferding verschleiert durch offene Unwahrheiten. Er erklärt im Reichshaushaltsausschuß, daß eine Auslandsanleihe aufzunehmen nicht beabsichtigt sei, während tatsächlich feststeht, daß sich das Reich um einen Auslandskredit von mehreren hundert Millionen bemüht. Fürchtet man ebenfalls ein Fiasko? Fürchtet man durch das Bekanntwerden des Reichsbankrotts eine Panik?

Die Erklärung Hilferdings ist nicht die einzige Unwahrheit. Das Reichsfinanzministerium hat die Abschlußziffern für 1928 vorgelegt und ein Defizit von 155 Millionen Mark eingestanden. Das Defizit ist größer. Der Münzgewinn ist um 129 Millionen Mark geringer gewesen, und das Reichsfinanzministerium hat diesen Fehlbetrag als „Einnahmerest" verbucht.

Das ist eine ganz unzulässige Methode der Etatbalanzierung. Fehlbeträge als Einnahmereste zu buchen. Das Defizit beträgt mindestens 284 Millionen Mark. Wahrscheinlich ist es noch höher. Einige Buchungen bedürfen noch ausführlicher Erläuterung, ehe man sie akzeptieren kann.

Ein durch Buchungskunststücke verschleiertes Defizit, eine mißlungene Anleiheaufnahme und ein teilweise durch Halbmonatskredite gedecktes Kassendefizit kennzeichnen die Finanzlage des Reiches.

Die Finanzgebahrung des Reiches ist wenig einwandfrei. Da das Kapital nur nimmt, aber nichts hergibt, da die offene Anleihe ein Fehlschlag war, wird Geld mit Tricks aus der breiten Masse herauszuholen versucht. Dazu bedient Herr Hilferding sich Mitteln, die einst in Balkanstaaten und südamerikanischen Scheindemokratien üblich waren, nämlich der Lotterie. Die Spielleidenschaft, die Gier nach mühelosem Gewinn soll zur Sanierung der Reichsfinanzen dienstbar gemacht werden. Das ist die Methode sozialdemokratischer Staatskunst!

Der Käufer eines Loses der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie wird in Zukunft nicht mehr — so redet man den Dummen vor — seine gesamte Einlage riskieren, sondern nur noch deren Zinsen. Die Einlage selbst erhält er, wenn er einen Gewinn nicht erzielt hat, nach Ablauf von zehn Jahren zurück, so daß er, statt wie bisher zu verlieren, im Falle von Nieten sein Glück nach diesen zehn Jahren erneut versuchen kann, ohne nochmals bares Geld hergeben zu müssen. Auf diese Weise hofft man, in zehn Jahren 2,3 Milliarden Mark beisammen zu haben.

Abgesehen von den Methoden der Klassenlotterie — deretwegen ein Privatmann, würde er sie versuchen, ins Zuchthaus käme — ist das ein großangelegter Bluff. Bei den heutigen hohen Zinsen verdoppelt sich das Kapital nämlich in zehn Jahren. Der Spieler — der einmal ein Los gekauft hat, soll dadurch zum dauernden Spielen veranlaßt werden — verliert also alles, seine gesamten Einlagen von zehn Jahren.

Wäre nun wirklich kein anderer Ausweg, als derartige Mittel, als Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung und Erhöhung der Versicherungsbeiträge?

Am 18. Juni wurde im Reichstag über den Wehr- und Marine-Etat abgestimmt. Die Sozialdemokratie stimmte unbesehen für die gesamte Aufrüstung. Auch die KPD.-Fraktion erklärte sich bereit, dafür zu stimmen, wenn ihre Streichungsanträge angenommen worden wären. Der Hilferdingsche Etat fordert: 498,3 Millionen für die Reichswehr, 204,5 Millionen für die Marine, 30 Millionen für Luftsubventionen, 66,8 Millionen für die Versorgung der neuen Reichswehr, 237,5 Millionen für die Unterstützung des Kraftfahrwesens, etwa 100 Millionen für Militärsubventionen (Schichau-Werft usw.), insgesamt 1 145 500 000 Mark. Für den Militarismus leisten noch die Gemeinden aus den Steuern der Arbeiter: für Luftschiffahrt und Kasernierung der Reichswehr 30 Millionen Mark, und die Reichsbahn für den sog. Bahnschutz 20 Millionen Mark.

Das sind zusammen 1 195 500 000 Mark für Militarismus!

In der Vorkriegszeit kostete die gesamte Polizei 150 Millionen Mark, heute 800 Millionen Mark! Das ist der Vorzug der Demokratie, daß sie das Vielfache an Arbeitersteuern ausgibt für Rüstungszwecke, und gegen die Vorkriegszeit das achtfache für Polizei.

Fast 2 Milliarden Mark für Militär und Polizei!

Das ist die Demokratie, zu deren Aufrechterhaltung die Bourgeoisie sozialdemokratische Minister braucht.

Noch mehr wird das Geld aus den Arbeitersteuern für Pensionen verschleudert. Der sehr reiche Fürst Bülow erhält für seine neunjährige Reichskanzlerschaft 27 600 Mark jährliche Pension. Herr Michaelis, weil er 99 Tage Reichskanzler war, ebensoviel. Herr Dr. Wirth, der heute wieder Minister ist, erhält 19 000 Mark jährlich. Dr. Wilhelm Kuno und Dr. Hans Luther, beide reich, beide mit großem Einkommen als Generaldirektoren, beziehen vom Reich noch jährlich 18 000 Mark. Herr Reichsminister a. D. Albert bezieht 22 000 Mark jährlich, obwohl er eine glänzende Anwaltspraxis hat. Ebensoviel bezieht der Sozialdemokrat Radbruch für seine kurze Justizministerschaft, obwohl er in Heidelberg eine staatlich bezahlte Professur hat, desgleichen Herr Hamm, der als Präsidialmitglied des Deutschen Industrie- und Handelstages ein fürstliches Einkommen hat. Der Freiherr von Rheinbaben war 1923 6 Wochen Staatssekretär im Kabinett Stresemann, geriet mit seinem Chef in Differenzen und bezieht seitdem, seit sechs Jahren jährlich 17 000 Mark Wartegeld. Ein Herr August Euler, ehemals Radrennfahrer, der rein zufällig als erster Deutscher im Flugzeug hochstieg, war nach der Revolution ein paar Monate Unterstaatssekretär für Luftschiffahrt und Flugwesen, bezieht seitdem jährlich 12 000 Mark Pension. Zwischen 12 000 und 17 000 Mark Pension beziehen hunderte Offiziere des alten Heeres, obwohl sie reich sind und andere hohe Einkommen haben. Ferner eine große Anzahl Diplomaten für eine oft recht kurze Gesamtdienstzeit. Unter ihnen allein etwa ein halbes Dutzend aus der schwerreichen Industriellenfamilie Stumm. Die gesamten Gesandtenposten, eine Repräsentationseinrichtung aus der Kaiserzeit, sind ein sinnloser Zopf, Pfründen für den degenerierten Adel. Die Republik zahlt, die Sozialdemokratie wagt nichts dagegen.

Die Liste ließe sich eine ganze Seite fortsetzen. Darunter sind Dutzende Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbeamte. Das ist der Grund, weshalb die Sozialdemokratie auch bei den in Aussicht gestellten Ruhegehaltsgesetz für politische Beamte keine nennenswerten Abstriche wagen wird.

Aber auch im Augenblick, da Herrn Hilferding die Schulden auf die Finger brennen, wirft das Kabinett das Geld mit beiden Händen zum Fenster hinaus. Da war vorige Woche ein gewisser Herr Fuad aus Aegypten in Berlin, vom englischen Kapital mit dem Königstitel dekoriert. Seine Bewirtung für die paar Tage hat Millionen gekostet. Allein das Prunkbett kostete 150 000 Mark. Die Reichsregierung ließ es extra anfertigen, in London bezeichnenderweise! — Ein paar alte verärgerte Weiber fanden sich in Berlin zu einem sog. Frauenstimmrechtskongreß zusammen; flugs spendete ihnen die Reichsregierung 20 000 Mark.

Das sind nur einige, wenige Beispiele dafür, wofür den Arbeitern die 10 Prozent vom Lohn abgezogen werden. In die Pfründen gelangen hier und da auch gehobene Existenzen aus der Sozialdemokratie und aus den Gewerkschaften. Zu ihrem Wohle werden die Arbeiter zum Schutze der kapitalistischen Republik gedrillt.

Und die Arbeiter verdienen ihr Los, solange sie sich von diesen Leuten als Beitragszahler und Stimmvieh mißbrauchen lassen.

Politische Rundschau

„Frieden" in Schlesien

Gegen die ausgesperrten Textilarbeiter wurde am 15. Juni folgender Schiedsspruch gefällt:

Ab 1. Juni 1928 bis April 1929 abgelaufenen Lohntarife treten vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit mit folgenden Aenderungen wieder in Kraft:

Der Ecklohn für die Bezirke Reichenbach, Görlitz, Lauban, Bunzlau erhöht sich sofort auf 58 Pf., ab **1. April 1930 auf 60 Pf.**

Für die Bezirke Grünberg, Landeshut, Neustadt erhöht sich der Ecklohn sofort auf 59 Pf., ab **1. April 1930** auf 61 Pf.

Alle Tariflohnsätze erhöhen sich nach dem bisherigen Schlüssel. Diese Regelung wirkt sich in gleicher Weise auf die Akkordstücklöhne aus.

Diese Vereinbarung gilt bis 31. Oktober 1930 und kann mit einer zweimonatigen Kündigungsfrist zu diesem Termin aufgekündigt werden. Wird von der Kündigung kein Gebrauch gemacht, läuft diese Vereinbarung immer ein halbes Jahr weiter.

Die Aussperrung ist sofort aufzuheben. Die Arbeit ist sofort wieder aufzunehmen Die Aussperrung gilt nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses.

Die Gewerkschaften haben Verbindlichkeitserklärung beantragt. Die Niederschlagung der hungernden Weber ist programmäßig abgelaufen, wie wir sie vorausgesagten.

Ein Tarif mit 60 Pfennig Spitzenlohn! Der „Vorwärts" und die Gewerkschaftspresse haben wochenlang das schlesische Elend in seitenlangen illustrierten Artikeln angeprangert. Die Verewigung dieses Elends durch den 1½jährigen Hungertarif ist eine Schamlosigkeit, die keines Kommentars fähig ist.

Großrinemachen in der KPD.

Teddy übt sich im Stalinismus.

In der KPD. hat eine wahre Massenflucht eingesetzt. Stadtverordnete, Betriebsräte, Redakteure, leitende Funktionäre retten sich in Massen zur SPD., um ja nicht die Zeit zu verpassen und dort verschlossene Türen mit dem Plakat zu finden: Alle Stellen besetzt.

Das genügt dem Teddy aber noch nicht. Schon in der Zeit kurz vor dem Parteitag ließ er eine ganze Menge leitende Funktionäre fliegen. Jetzt aber, da er die unbestrittene Vollmacht als oberster Hausknecht Moskaus hat, kennt seine Rache keine Grenzen. Die „Versöhnler" sind bekanntlich schon abgesägt. Augenblicklich sind die „Halbversöhnler" an der Reihe. Das sind jene, die im vergangenen Herbst für die Absetzung Teddys stimmten, als in Hamburg die Kassen gar zu leer geworden waren und die dem Gerücht nicht schnell genug widersprachen, daß Teddy, während die Hamburger Genossen auf der Barrikade kämpften, mit der Untreuhose unter dem Arm vor einem Bordell gefunden wurde. Daß diese sich nachdem auf Befehl Moskaus umstellten, genügt dem Teddy nicht. Er hat Vollmacht.

Von ihren Posten enthoben wurden: Denegel, M. d. R., Chefredakteur der „Roten Fahne"; Schneller, M. d. R., Leiter des Polbüros; Heckert, M. d. R., Leiter der Gewerkschaftsabteilung der KPD. Auch Pfeiffer, M. d. R., zu keiner Funktion fähig, warum, das weiß weder Pfeifferchen noch Teddy; wahrscheinlich gefallen Pfeifferchens krumme Beine dem Gewaltigen nicht. Denn moralisch sind sich die beiden gleichwertig. Und endlich ist Heinz Neumann kaltgestellt, Teddys „Theoretiker"? Das ist der Mann, der ihm alle seine Reden und Artikel aufschreibt.

Das ist natürlich noch nicht das Ende. Es gibt noch genug Leute in bezahlten Funktionen, die hier und da über Teddys Geistesgröße ein Lächeln nicht unterdrücken können. Sie kommen demnächst an die Reihe. Teddy kann niemand gebrauchen, der ihm an Stumpfsinn nicht gleichkommt. Und von der Sorte gibt es selbst in der KPD. nicht viele.

Epilog zum Fall Jakubowski

Die Liga für Menschenrechte fordert Menschenblut!

Dem Prozeß gegen die mutmaßlichen Mörder des kleinen Ewald Nogens hatte sich die sich selbst so nennende Liga für Menschenrechte als Nebenkläger angeschlossen. Ihr Vertreter vor Gericht war ein in eigenem Namen auftretender Rechtsanwalt Brandt.

Es ist an sich schon eine sonderbare Auffassung von Menschenrechten, wenn man das Recht auf Leben, Unschuld usw. dadurch erhärten zu können glaubt, indem man sich der kapitalistischen Justiz als Helfer anschließt, um andere zu belasten, gegen die auch weiter keine Beweise existieren als die faden Indizien, auf Grund deren der jetzt erwiesene Justizmord an Jakubowski begangen wurde.

Was dieser Herr Brandt sich in Neustrelitz als — Ankläger leistete, kennzeichnet die Rolle der famosen Liga für Menschenrechte in den Augen einer kämpfenden Gesamtheit Proletarier als Werkzeug des alle Menschenrechte mit Füßen tretenden Kapitalismus so hinreichend, daß man nur immer schreien kann: Hände weg, wo es sich um proletarische Rechte handelt. Der Herr Brandt scheint ein Meister der Rethorik zu sein. Die Presse ist voll Begeisterung von seiner schönen Rede. Er hat alles in seinen Bann gezogen, Richter und Angeklagte. Der angeklagten Mutter hat er Tränen entlockt. Alle anwesenden Weiber, vor allem die aus Neugier und Sensationslüsternheit anwesenden, scheinen gebeult zu haben von oben und von unten — von wegen der Nässe zu urteilen.

Und warum redet Herr Brandt? Worum geht

Groß-Berlin: Allgemeine Mitgliederversammlung

am Freitag, den 28. Juni 1929, in den Andreasfestsälen, Andreasstraße 21

wissen, daß eine Frau mit einem Kind in den junkerlichen Domänen die Hölle auf Erden hat, daß eine solche Frau stets in einer Lage ist, der nur zwei Auswege zuläßt: Selbstmord oder Kindesmord. Und da diese hier keinen Selbstmord begangen hat, was ist das klarer, als daß sie Kindesmörderin ist.

Das ist die Logik der Liga für Menschenrechte. Und diese Logik hat etwas bestechendes an sich. Und da es eine philosophische Lehre gibt, daß Selbstmord ein größeres Verbrechen ist als Mord, deshalb gibt es soviel Kindesmorde bei denen, die dazu verurteilt sind, ihr Leben in den junkerlichen Höllen fristen zu müssen.

„Kein Mensch darf verurteilt werden, ohne daß ihm seine Schuld nachgewiesen ist." Dieses Eckprinzip der Liga für Menschenrechte hatte Herr Brandt auch in Neustrelitz als Grundpfeiler seiner Anklagerede gegen die armseligen, geistig verkrüppelten Schächer aufgebaut. Also der „Schuldige" muß verurteilt werden. Der „Schuldige", der aller seiner Menschenrechte und seiner Menschenwürde beraubte, zum Kretin degenerierte Prolet, das Arbeitstier der Junker, gehört immer an den Galgen, wenn er durch die kapitalistische Ausbeuterordnung zur Verzweiflung getrieben, zum Verbrecher an der kapitalistischen Ordnung wurde. Wer in kapitalistischem Sinne „schuldig" ist, gehört unter die kapitalistische Guillilotine. Das ist die Auffassung von den „Menschenrechten" dieser famosen Liga.

Der Liga gehören bekanntlich eine ganze Anzahl der Prominenten der SPD. und KPD. an. Daß der Herr Rechtsanwalt Brandt keine Silbe wußte von den Ursachen, die den kleinen Ewald mordeten? Keine Silbe von den zum Himmel schreienden sozialen Verhältnissen, die mehr als ein Dutzend Menschen in eine kleine Kate zusammenpferchten, die für dreie zu klein war! Kein Sterbenswörchen von dem Einkommen, von dem oft mehr als ein Dutzend Menschen leben, das für zwei unzureichend wäre. Von der den Menschen mit Naturnotwendigkeit zum Tier degradierenden Behandlung der Mecklenburger Landarbeiter wußte Herr Brandt kein Wort, scheint die Liga für Menschenrechte nie etwas gehört zu haben. — Oder. . . ?

Die Liga für Menschenrechte ist eine Institution für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Mordordnung. Für Proletarier hat sie sich in Neustrelitz gerichtet.

Individueller Materialismus

oder

Die „Welt am Abend" bildet Kapital durch das Volk.

Ein Genosse, der den Rummel besucht hat, den die „Welt am Abend" veranstaltete, schreibt uns:

Daß Arbeiter in der Regierung sitzen, daß das Kapital monopolisiert und aus einzelnen Kapitalien große Riesenkapitale schafft, welche durch die Gewerkschaftne reguliert werden, ist nach Naphtali und der SPD. der Sozialismus.

Wer aber das Fest der Welten miterlebt hat, im Luna-Park konnte die Kapitalbildung durch das Volk noch besser beobachten. Wer nun zu derselben Zeit wie ich um die achte Stunde den Luna-Park betreten hat, wurde mit dem Lied „Vom Rhein zur Donau" empfangen. Etwa hundert Schritt hinter dem Eingang, war rechts die Tombola aufgestellt. Ein rebellierender Haufen stand an der Sperrkette, welche von den Ordnern gebildet wurde. Fand man in irgend einer Ecke einen Verkäufer der Lose, so wurde er gestürmt, so daß es nicht möglich war, die Dinger geregelt zu verkaufen. Es wurde dabei geklaut und betrogen, so daß jeder bald mit Manko abrechnen mußte. Es fehlten den einzelnen Verkäufern Summen bis zu 80 Mark. Jede Schaubude war ein „Sozialistischer Betrieb". Die Besitzer hätten sich die kleinen roten Werbe-Fahnen an ihren Buden angesteckt und redeten ihre Kunden sogar mit Genosse an.

Am schlimmsten war es am Ausgang des Parkes. Dort wurden die Gegenstände der Tombola ausgegeben. Die dort absperrenden Ordner wurden von ihren eigenen Genossen überrannt, welche sich am schlimmsten gebärdeten, um die Hauptpreise, um das Auto oder die Kücheneinrichtung zu ergatern. Dann ging Masse Mensch an den Verteilungsstand. Eigentlich ging sie nicht, sondern stürmte wie ein Vandalenregiment. Wer ging, wurde umgerannt. Am Verteilungsstand ging nun das Drängeln los. Kleider knackten bei den Frauen. Die Jacken der Männer knisterten und die Hüte sahen zerknickt aus. Kam der Glückliche mit zerrissenem Anzug und seinem Gewinn heraus, so hatte er einen Bleistift oder ein Buch im Werte von 1 Mark. Das Gesicht sah aus wie bei jemand, der in Berlin den 1. Mai zu feiern versuchte und nicht mit Zörgiebel rechnete. Natürlich fehlte es nicht an Taschendieben auf dem „roten" Fest. Alles in allem: die Redaktion der „Welt am Abend" hat es meisterhaft verstanden, Kapital zu bilden. Und — wieder einer Masse von Indifferenten die kommunistische Idee als etwas Lächerliches und Verabscheuenswertes zu denunzieren.

Aus der Bewegung

Bonn.

Von der Ortsgruppe Bonn erhalten wir einen Brief, dem wir folgendes entnehmen:

„Das Rundschreiben Nr. 2 von Hamburg enthält einen Brief von uns, als Antwort auf ihr erstes Rundschreiben. Wenn irgend einmal ein raffinierter Trick ausgeführt worden ist, so ist es in diesem Rundschreiben geschehen. Der Brief von uns an Hamburg ist in dem Rundschreiben gar nicht vollständig, es sind lediglich die Schlußsätze desselben. In dem Brief schilderten wir ausführlich unsere ablehnende Stellung in den verschiedenen Fragen ihnen gegenüber. Ferner zeigten wir ihnen die Wahrheit über die Person Wassilews, daß er sich für eine Fahrt von Bonn nach Köln (die ihn 2.— Mk. gekostet hat) 6,50 Mk. geben ließ, daß er sich wochenlang bei den Genossen nicht sehen ließ usw., und daß man ihm bei der letzten Bezirkskonferenz sagte, er sei nur in der Organisation um Geld zu verdienen. Zu der Frage Taktik wiesen wir auf die jetzt schon sich auswirkende reformistische Entfaltung derselben hin, z. B. die Schreibweise des Kamptrufs, die Tätigkeit des Gen. Wassiliews in Bonn, die der Gen. Th. und N. in Düsseldorf usw. Alles in allem war es ein langer Brief. Warum veröffentlichten die Hamburger nicht den ganzen Brief, wie das im Ruhrgebiet geschehen ist? Der Brief so abgedruckt, wie dies in dem Rundschreiben der Fall ist, muß bei den Genossen im Reich den Eindruck erwecken, als wenn dies unsere vollständige Antwort sei. Wahrlich eine feine Taktik. Der Brief wurde verlesen in einer Mitgliederversammlung von Bonn und einstimmig gebilligt."

Wir enthalten uns über diese saubere Art der Kämpfer um die „Wahrheit" jedes Kommentars. Von politischen Kretins kann man ebensowenig etwas anderes erwarten, als von einem Ochsen etwas anderes als ein Stück Rindfleisch.

Buchbesprechungen

Heinrich Dehmel: Revolution der Ehe". Greifen-Verlag. Rudolstadt i. Thür. 104 Seiten. Kart. 3,— Mk.

Heinrich Dehmel stellt sich die Aufgabe das heutige Liebes- und Eheleben zu revolutionieren. Am Ende seiner Revolution sieht man die heutige Eheform frisch und fröhlich wieder auferstehen. Daß das Gewand derselben frisch gestärkt ist, und nun noch knapper anliegt als vorher, läßt unsern Abscheu nur noch wachsen. Leicht und flüssig geht der Autor über die Grundursachen der Fäulniserscheinungen des heutigen Ehelebens hinweg. Es fehlt Heinrich Dehmel vollkommen der Sinn für die Erkenntnis, daß die Ehe in der heutigen Gesellschaftsform kein abstrakter Begriff, sondern ein Herrschaftsinstrument der bürgerlichen Klasse gegen das Proletariat ist. Nicht von den Peitschenhieben Heinrich Dehmels wird dieser Herrschaftspfeiler der Bourgeoisie zerschlagen, und eine neue Geschlechtsmoral entstehen, sondern das revolutionäre Proletariat wird mit seiner Streitaxt, dem revolutionären Klassenkampf, die herrschende Klasse mit ihrer „Ehe" in die Wolfsschlucht werfen. „Moors Geliebte kann eben nur mit Moor sterben."

*

Rothstein. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in England. Verlag für Literatur und Politik. 464 Seiten. — Preis: Halbleinen 5,50 Mk.

Spiegelt je ein Stück Geschichte den heroichen Kampf, des am Anfang der Entwicklung stehenden modernen Proletariats wieder, so ist es die Geschichte der englischen Arbeiterbewegung am Anfang des 19. Jahrhunderts. England, das „Mutterland des Kapitalismus", wie es Karl Marx nannte, war der Schauplatz zäher Kämpfe zwischen Proletariat und Kapitalismus. Sind auch die ersten Phasen der Klassenkämpfe der englischen Arbeiterschaft dem Proletariat in großen Zügen bekannt, so weist bei dem Versuch, die Entwicklung tiefer zu durchleuchten, die bis jetzt mit diesem Thema befassende Literatur große Lücken auf. Gerade der so recht den politischen Inhalt der damaligen Kämpfe wiederspiegelnde Abschnitt, die Chartistenbewegung, war bis jetzt, auf Grunde fehlender Unterlagen ein Stiefkind geschichtlicher Betrachtung. Dieser Schwäche in der Geschichte der Klassenbewegung des Proletariats ist Th. Rothstein vom Standpunkt marxistischer Betrachtung zu Leibe gegangen, und hat, wenn man die Schwierigkeiten einer solchen Arbeit kennt, die Aufgabe gelöst. Dieser Sammelband zerfällt in drei Teile, deren erster den schon damals sich zeigenden Gegensatz zwischen revolutionärer und opportunistischer Taktik zum Gegenstand hat. Während die beiden weiteren Abhandlungen „Verkünder des Klassenkampfes" und „Aus die Vorgeschichte der Internationale", schon vor dem Krieg in „Die Neue Zeit" erschienen sind. Auch sie sind das Resultat gewissenhafter Forschungsarbeit der chartistischen Bewegung. Diese drei Abhandlungen sind im Zusammenhang eine vorzügliche Uebersicht über den bis jetzt so lückenhaften Abschnitt der Chartistenbewegung und sind daher dem auf diesem Gebiet wissensdurstigen Leser zu empfehlen.

Eingegangene Druckschriften

Karl Plättner, Eros im Zuchthaus (Mopr-Verlag Berlin NW, 1929), 223 S. stark, geb. 6,— M.

Prof. M. Pokrowski, Geschichte Rußlands (C. L. Hirschfeld-Leipzig). Ganzleinen 20,— M.

Th. Rothstein, Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in England (Verlag „Literatur : u. Politik", Wien-Berlin Berlin SW 61). 464 S. stark, Ganzleinen 5,50 M.

Auf dem Wege zum Bolschewismus, Heft I. (Druck und Verlag Runge u. Co., Reichenberg.) 100 S. stark. Preis 6 Kr.

Machard, Kinder unter sich (Greifenverlag — Rudolstadt 1929). 179 S. stark, kart. 4,— M., geb. 6,— M.

Dr. Dehmel, Revolution der Ehe (Greifenverlag — Rudolstadt 1929). 110 S. stark, kart. 3,— M.

Neudrucke marxistischer Seltenheiten, Bd. III: Unbekannte Briefe von Marx und Engels. (Verlag Rudolf Liebing [L. Franz u. Co.], Leipzig 1929.) 110 S. stark, 4,— M.

—,— Bd. IV: Landesverrat oder Landesverteidigung? (Verlag Rudolf Liebing [L. Franz u. Co.], Leipzig 1929.) 173 Seiten stark, 4,— M.

Upton Sinclair, Boston. Malik-Verlag, Berlin W, 1929) kart. 4,80 Mk., Leinen 7,— Mk. 798 S.

Einmaliges Angebot billiger Bücher.

Dostojewski: „Die fremde Frau"	geb. 0,75 Mk.
Dostojewski: „Erniedrigte und Beleidigte"	geb. 1,50 Mk.
Feldes: „Albert Reinkings Höhenflug"	geb. 2,— Mk.
Felden: „Sieghafte Menschen"	geb. 1,50 Mk.
Heine: „Der Rabbi von Bacharach"	geb. 0,75 Mk.
Jung: „Die Technik des Glücks"	geb. 0,50 Mk.
Lindau: „Der Zug nach dem Westen"	geb. 0,90 Mk.
Schaginian: „Abenteuer einer Ehe"	brosch. 1,50 Mk.
	geb. 2,— Mk.
Schaginian: „Panzerkreuzer Potemkin"	brosch. 0,50 Mk.
Sinclair: „Die Metropole"	brosch. 1,20 Mk.
	geb. 1,80 Mk.
Sinclair: „Man nennt mich Zimmermann"	geb. 1,80 Mk.
Sinclair: „Die Wechsler"	geb. 2,50 Mk.
Ufermann: „Könige der Inflation"	geb. 0,50 Mk.
Wolf: „Technik und Dichtung"	geb. 0,50 Mk.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung für Arbeiter-Literatur Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.**

Betrieß und Wirtschaft

Arbeitsmarkt und Wirtschaft

Die Ziffer der amtlich registrierten Arbeitslosen ist im Reich auf etwa 1½ Millionen, in Berlin-Brandenburg (am 15. Juni) auf 232 000 gesunken. Rund 200 000 davon entfallen alleine auf Berlin. In der Woche, die am 15. Juni endete, sank die Arbeitslosenziffer in Berlin nur noch um 1,5 Prozent gegen 3,3 Prozent der Vorwoche.

Die Arbeitslosenziffer liegt ganz bedeutend über der des Vorjahres. Der ADGB. verzeichnete Ende Mai d. Js. unter dem Mitgliederbestand der angeschlossenen Gewerkschaften 9,1 Prozent Arbeitslose gegen 6,3 Prozent im Vorjahre. In der Konjunkturgruppe sind es 8,6 Prozent (gegen 5,9 Prozent i. V.) und in der Saisongruppe 11 Prozent (8,1 Prozent.)

Insgesamt ist immerhin reichlich die Hälfte aller Arbeitslosen wieder eingestellt. Aber doch nur die Hälfte. Und die Ziffer der Arbeitslosen ist größer als vor einem Jahre. Das ist das kennzeichnende des monopolkapitalistischen Zeitalters, das Millionen Arbeitslose immer draußen bleiben und vom Arbeitsertrage der Arbeitenden durchgeschleppt werden müssen. Dies ist eine nicht zu verkennende Schranke, die eine soziale Emporentwicklung im Kapitalismus zur Unmöglichkeit macht.

Auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse kann man schließen, wenn man die Bewegung einzelner Gruppen von Arbeitern nebeneinanderstellt. Es waren nach der Statistik des ADGB. von je 100 Gewerkschaftsmitgliedern arbeitslos:

	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai
Nahrungsmitt.-u.Getränkearb.	8,1	7,8	8,3	7,9	7,0	6,3
Zucker-,Konserv.-Pflanzenfett-Verst.(L.Fabrikarb.-Verband)	12,3	14,3	17,8	14,4	9,0	7,6
Tabakarbeiter	16,5	15,7	21,1	22,4	19,0	16,2
	März	April	Mai	März	April	Mai
	arbeitslos			kurzarbeitend		
Textilarbeiter	9,2	10,0	10,7	27,0	26,7	28,0
Bekleidungsarbeiter	14,8	10,8	11,5	12,3	8,8	10,0
Hutarbeiter	24,1	21,2	28,8	16,4	15,8	15,2
Schuhmacher	21,4	17,9	19,0	39,4	28,8	32,2

Der hohe Prozentsatz Arbeitsloser bezw. Kurzarbeiter im Tabak- und Bekleidungsgewerbe ist auf die Uebersetzung der betr. Industrie bezw. auf die Ueberproduktion infolge Rationalisierung und Schwächung der Kaufkraft der breiten Masse zurückzuführen. An sich lassen die Ziffern aber erkennen, daß die breite Masse nur noch für die Stillung des Magens arbeitet. Trotzdem 1½ Millionen Arbeiter mehr Lohn erhalten als früher, hat dies das Bekleidungsgewerbe fast gar nicht beeinflußt. Bei einem einigermaßen zufriedenstellenden Lebensstandart der Arbeiterklasse müßte gerade das Textil- und Bekleidungsgewerbe gewinnen, da doch die Kleidung während der Arbeitslosigkeit nicht erneuert wird.

In der Hauptsache ist die Belebung der Wirtschaft auf die Bausaison zurückzuführen. Die Bausaison hat aber die denkbar schlechtesten Aussichten. Wie der Deutsche Zementbund mitteilt, hat sich die im April eingetretene Belebung des Zementabsatzes im Mai bereits wieder verlangsamt. Der Versand liegt mit 849 000 Tonnen nur um 33 000 Tonnen über dem Aprilversand. Gegenüber dem Mai 1928 ist zwar eine Erhöhung des Absatzes des Absatzes um 92 000 Tonnen festzustellen, jedoch konnte der Absatzverlust infolge der Kältewelle noch nicht aufgeholt werden. Der Minderabsatz beträgt zurzeit immer noch 583 000 Tonnen gegenüber dem Vorjahr.

Daraus kann man schließen, daß die in Ausführung stehenden Bauvorhaben bei weitem nicht so viel Arbeit versprechen als im Vorjahr.

Typisch für den vertrusteten Hochkapitalismus der Jetztzeit ist es, daß der Westdeutsche Zementverband angesichts der bald rückläufigen Bankonjunktur — eine Erhöhung der Zementpreise ankündigt! Die Zementmagnaten können sich das leisten, denn wie der genannte Verband in seinem soeben herausgekommenen Jahresbericht für 1928 triumphierend bekanntgibt, haben zwei Außenseiterwerke Konkurs angemeldet und zwei weitere stehen im Vergleichsverfahren. Die schon die höchsten Profite der gesamten deutschen Industrie abwerfenden Zementpreise waren angeblich nur Kampfpreise, um die Außenseiter niederzuboxen. Sie können jetzt erhöht werden.

Die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien betrug in der am 10. Juni zu Ende gehenden Woche 1 112 800, d. h. 12 675 mehr als in der Vorwoche und 37 143 weniger als im Vorjahre.

*

Englische Militärmanöver in Deutschland. Trotz des eben abgeschlossenen neuen Reparationsabkommens, bei dem die Räumungsfrage eine nicht unwesentliche Rolle spielt, werden die englischen Truppen in der Umgebung des Hunsrück von Mitte August bis Mitte September Manöver abhalten. Das ist Mac Donalds Antwort an seine deutschen Genossen auf deren Wehrprogramm.

*

Klara Zetkin ausschließell? Der „Volkswille" teilt mit: „Vor einigen Tagen ist Klara Zetkin, die in den letzten Jahren ständig in Sowjetrußland gelebt hat, wieder in Berlin eingetroffen. Es heißt, daß ihre Abreise aus Moskau ernste Konflikte mit Stalin und der Leitung der Kommunistischen Internationale vorausgegangen waren. Klara Zetkin steht bekanntlich bei den Brandlerianern. Ob sie noch Mitglied der Kominternn bleibt, steht dahin."

Chronik

Die „Tribüne" verboten und strafverfolgt. Die „Tribüne", Magdeburg, die seit dem Verbot der „Roten Fahne" auch in Berlin viel gelesen wurde, ist für die Zeit vom 18. Juni bis 8. Juli verboten worden. — Dr. Hilferding und andere Minister haben wegen einer Anzahl Artikel, in denen vor allem dem Reichsfinanzminister Hilferding vorgeworfen wurde, daß er Schiebungen mit Kriegsanleihe (Altstücken) gedeckt und kritikübende Beamte gemaßregelt und entlassen habe, Strafantrag gegen das Blatt gestellt.

*

Kindesmord aus Aberglauben. Die Eheleute Steffens, eine Hämlingsfamilie des Ritterguts Horneburg bei Hamburg mordeten ihre beiden kleinen Kinder in religiösem Wahnsinn. — Wenn das Konkordat seine Früchte tragen wird, wird so was nicht mehr an den Seitenheiten gehören.

Organisatorische Mitteilungen

Groß-Berlin

3. Bezirk.

Jeden 1. und 3. Donnerstag und jeden 2. und 4. Freitag im Monat, abends 8 Uhr, bei Fränzel, Reinickendorfer Str. 42.

6. Bezirk.

Jeden 2. und 4. Freitag im Monat, abends 8 Uhr, bei Reibe, Gitschiner Str. 88.

14. Bezirk.

Jeden Freitag abends 8 Uhr, bei Richard Goder, Weichselstraße 17, Ecke Weserstraße.

15. Bezirk.

Jeden Freitag, nachmittag 5 Uhr, bei Jahnke, Niederschöneweide, Brückenstr. 3.

17. Bezirk.

Jeden Freitag, abends 8 Uhr, bei Kusche, Lichtenberg, Marktstr. 7.

Herausgeb. und t. d. Inhalt verantwortl.: Wilh. Tietz-Berlin N. Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Izsdonat, Berlin O 17.

10. Jahrg Nr. 26

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 29. Juni 1929

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Der Young-Plan

Das Reichskabinett hat in diesen Tagen einstimmig, also mit Genehmigung der demokratischen und volkspartelichen Minister, die Annahme des Youngplanes beschlossen. Außer der deutschnationalen Volkspartei, die, besonders die Interessen des landwirtschaftlichen Kapitals vertritt, hat sich die gesamte deutsche Bourgeoisie dem Diktat der Siegermächte unterworfen. Diese Unterwerfung ist keineswegs freiwillig erfolgt, sondern das Produkt bitterster, ökonomischer und politischer Notwendigkeit. Die Lage des deutschen Kapitals entspricht fast genau der Situation zur Zeit der Annahme des Dawesplanes. Im August 1924 war der Zwang vielleicht noch erheblich größer, weil das deutsche Kapital durch die Inflationsjahre einen sehr großen Teil der aufgespeicherten Akkumulation verloren und sich durch den fast restlosen Verbrauch des beweglichen Kapitals vollkommen festgefahren hatte. Die Sabotage der Reparationsleistung hatte das deutsche Kapital aus ihrem Zusammenhang mit der Weltwirtschaft direkt hinausmanövveriert. Es war dies ein um so schwererer Fehler, als die deutsche Wirtschaft bis zur Vorkriegszeit zum größten Teil eine rein industrielle Arbeitswerkstätte darstellt und auf die Einfuhr von Rohstoffen in erheblichem Ausmaß angewiesen war. Es mußte um jeden Preis mit dem ausländischen Kapital wieder zu einem gemeinsamen wirtschaftlichen Handel kommen, wenn es sich nicht für die gesamte Zukunft jede Aufstiegs- und imperialistische Möglichkeit nehmen lassen wollte. Auf der anderen Seite bedeutete der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft für das amerikanische Kapital den fast sicheren Verlust seiner Forderungen an die Alliierten in Höhe von 11 Milliarden Mark und für die Siegermächte die restlose Uebernahme der Kriegslasten auf ihre Schultern. Es entstand so auf beiden Seiten die Notwendigkeit zu einer Verständigung auf der Grundlage des Aufbaues der deutschen Wirtschaft. Der Modus ist dann im Dawesplan festgelegt worden. Das internationale Kapital hat dem deutschen Kapital in dieser Zeit einen Betrag von 15 Milliarden vorgestreckt, der teils zur Investierung in der deutschen Wirtschaft, teils zur Bezahlung der Reparations leistungen Verwendung fand. Durch den mit der Erstarkung der deutschen Wirtschaft verbundenen Machtzuwachs des deutschen Kapitals entstand die Gefahr, daß Deutschland versuchen würde, sich der ihm auferlegten Fesseln zu entledigen. Der Dawesplan mit seiner provisorischen Regelung entsprach nicht mehr den Interessen des internationalen Kapitals. Vor allen Dingen waren die jährlichen Zahlungen als reine Staatsschulden des deutschen Reiches allein durch politischen Druck auf das deutsche Kapital erzwingbar. Sie konnten nicht mobilisiert und kommerzialisiert werden. Es fehlte also die Verflechtung dieser Schulden mit dem deutschen Kredit im Ausland. Von Tributzahlungen mußte also zu privaten Schuldverpflichtungen übergegangen werden.

Ferner hatte sich das System der Sachlieferung zum Nachteil der Gläubigerstaaten ausgewirkt. Es entstand so für die belieferten Staaten ein Zwang, dem deutschen Kapital einen Teil seines Binnenmarktes zu öffnen und der deutschen Industrie zu einem Absatz zu verhelfen, der sonst der einheimischen Industrie zugute gekommen wäre. Diese unfreiwillige Propaganda für die deutsche Industrie hatte weiterhin zur Folge, daß das alliierte Kapital die Zinsen für die sogenannten interalliierten Anleihen in Amerika aus eigenen Mitteln aufbringen mußte. Die Sachleistungen brachten also praktisch keine Entlastung für die Gläubigerstaaten, da sie ja noch selbst für die Aufbringung der Zinsen Sorge tragen mußten. Es war also notwendig, diese Schlieferungen vollkommen auszuschalten bzw. allmählich abzubauen, wenn die Zahlungen des deutschen Kapitals faktisch zur Uebernahme der alliierten Verpflichtungen führen sollten. Die Ententemächte waren sich selbstverständlich darüber klar, daß sie dem deutschen Kapital weitere und größere Weltmarktsentwicklungsmöglichkeiten geben müssen, um es zur Erfüllung seiner Verpflichtungen instand zu setzen. Eine Steigerung der deutschen Ausfuhr um wenigstens 40 Prozent bildet dazu die Voraussetzung. Diese Regelung soll mit Hilfe der Reparationsbank erfolgen, die dem deutschen Kapital die notwendigen Kredite zur kolonialen Pionierarbeit für die alliierten Mächte zur Verfügung stellen soll. Der Plan geht also dahin, das deutsche Kapital von den einheimischen Märkten auf die noch vollkommenen kapitalistisch unerschlossenen Gebiete zu verweisen.

Schließlich hatte der Dawesplan dem deutschen Kapital noch völligen Transferschutz zugebilligt. Dies bedeutete, daß die Leistungen des deutschen Kapitals unbestimmt und den Konjunkturschwankungen unterworfen waren. Dieser Umstand verhinderte ihre wirtschaftliche Verwertbarkeit und ermöglichte eine Sabotage der Zahlung durch künstliche Maßnahmen.

Diese drei wesentlichen Fehler mußten beseitigt werden, solange die weitere Entwicklung des deutschen Kapitals sich noch in dem Machtbereich des alliierten Kapitals befand. Der günstigste Zeitpunkt für diese Regelung war der Moment, in dem die deutsche Wirtschaft auf Grund der Durchrationalisierung auf Weltstandard war und gleichzeitig die Höhe der deutschen Akkumulation noch weit hinter der zur Aufrechterhaltung der Wirtschaft notwendigen Stufe stand. Diese Diskrepanz bringt das deutsche Kapital zwangsläufig in Abhängigkeit vom Weltkapital. Es braucht also in starkem Umfang Auslandskredite. Bis zum Jahre 1928 flossen diese auch in reichlichem Maße dem deutschen Kapital zu. Der Zustrom wurde noch besonders durch die internationale Konjunkturlage begünstigt. Als dann das ausländische Kapital die mit dem Kapitalexport wegen des einheimischen Bedarfes stoppen mußte, benutzte es gleichzeitig die Gelegenheit, um durch die auf diese Weise entstandene Notlage des deutschen Kapitals eine Regelung der Reparationsleistungen zu erzwingen. Das deutsche Kapital erkannte, daß der von den alliierten gewählte Zeitpunkt für es sehr ungünstig war. Es blieb ihm aber nichts anderes übrig, als selbst bei den alliierten Mächten auf eine Revision des Dawesplans zu dringen, weil es ohne die ausländischen Kredite nicht mehr in der Lage war, den auf 2,5 Milliarden erhöhten Jahresbeitrag zu leisten. Außerdem war seine weitere Entwicklung durch die Sperrung der Kapitaleinfuhr lahmgelegt.

Schließlich verhinderte der Dawesplan mit seiner zeitlich nicht begrenzten Verpflichtung und der durch den Wohlstandsindex geschaffenen zwangsläufigen Beteiligung der Gläubigerstaaten an der Prosperität der deutschen Wirtschaft den imperialistischen Aufstieg, weil es ohne die Akkumulationsmöglichkeit stark begrenzte. Eine endgültige Regelung des Reparationsproblems lag daher durchaus im Interesse des deutschen Kapitals, dagegen nicht das von den Alliierten hierfür gewählte und bestimmte Datum. Für es wäre es günstiger, wenn schon eine bestere Position mit einer größeren Unabhängigkeit vom Auslande vorläge. Deshalb versuchte es auch zuerst die Verhandlungen durch Stellung von politischen Forderungen zum Scheitern zu bringen. Die daraus entstandene politische und wirtschaftliche Unsicherheit führte zu einer starken Kapitalflucht und zu einem verstärkten Druck der alliierten

Die Schwarzen und die roten Pfaffen

Mit der materialistischen Erhellung der Arbeiterbewegung und der Bloßlegung der Triebkräfte, die die Ordnung der kapitalistischen Ausbeutung als eine historisch-zeitliche Angelegenheit bloßstellt, ist dem Pfaffenevangelium: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben", der natürliche Boden weggerissen. Das Proletariat weiß, daß sein Reich von dieser Welt sein wird, wenn es die Kraft aufbringt, sein eigener Gott zu sein. Gerade heute, wo die Liebe der kapitalistischen Ordnung Millionen in Krieg und sozialem Chaos verkommen läßt, ist es notwendig, dem Proletariat einzuhämmern, daß es den „Glauben" an diese „Ordnung" überwinden muß. Der Sozialismus denunziert dem Proletariat die pfäffische „Wissenschaft" als das Mittel, es ideologisch an die kapitalistische Ausbeutung zu ketten, es blind zu machen für die Erkenntnis, daß die geschichtliche Entwicklung und die Kenntnis von derselben und der gesellschaftlichen Zusammenhänge ihm zeigen, daß es selbst Herr über seiner Hände Arbeit sein kann. Daß nur die geistige Finsternis es ohnmächtig macht für die Vollbringung seiner historischen Mission. Der Sozialismus steht daher dem Gottesglauben und seinen gut bezahlten Götzen in unerbittlicher Kampfstellung gegenüber. Die ideologischen Wurzeln des Gottesglauben gehen zurück bis zu jener Epoche, in der die Menschen die Welt für ein Rätsel, sie und die Dinge in ihr für Wunder halten mußten und sich ein außerweltliches Unikum schaffen mußten, um eine „Lösung" zu haben. Nicht Gott schuft die Menschen — sondern die Menschen schufen sich — wenn auch nur in der Phantasie — ihren Gott.

Die bürgerliche Wissenschaft hat selbst den Gottesglauben längst ad absurdum geführt, und der „Kulturkampf" der weltlich-bürgerlichen Parteien gibt Zeugnis davon, daß selbst das Bürgertum mit der Wahrheit rechnen muß, daß sie „sich doch bewegt". Allerdings hat dieser „Kulturkampf" auch materielle Ursachen: Es galt, die ökonomische Macht der Kirche zu brechen. Der Kampf gegen Krone und Altar war der Kampf der aufkommenden Bourgeoisie, die der Kirche ihre gesellschaftlichen Privilegien streitig machte. Die materielle Entwicklung und die durch sie vorwärtsgepeitsche Wissenschaft, strafte die mittelalterliche „Wahrheit" vom Werden und Vergehen dieser Welt Lügen. Die Bourgeoisie konnte — wollte sie das Proletariat nicht selbst zum alleinigen Nutznießer des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses werden lassen, vor dieser Entwicklung nicht die Augen verschließen.

Aber die Bourgeoisie konnte diesen Kampf nur solange ohne Gefahr fortführen, solange sie selbst ihre „Ordnung" nicht über den Kopf wuchs. Heute, wo der gesellschaftliche Bankerott immer offensichtlicher wird, muß sie sich wieder mit den alten Mächten gegen das Proletariat verbinden. Diesen Sinn hat das „Konkordat", das ja nicht nur eine deutsche Angelegenheit ist. Auch der Faschismus hat ja bekanntlich bereits seinen Frieden mit Rom gemacht.

Diese Zusammenhänge aufzuzeigen, wäre die Pflicht der Partei gewesen, die mit dem Maul noch für den „Sozialismus" ist, und die mit Weltanschauung hausieren geht. Aber die SPD. und die Gewerkschaften lassen bekanntlich in der Stunde der Gefahr das Vaterland — den Kapitalismus — nicht im Stich. Und so hat die Sozialdemokratie durch ihren Braun nicht nur für den Kapitalismus — sondern auch als Partei — den Frieden mit den Gottesknechten geschlossen. Ein „ehrenvoller" Friede", wie man verhimmt, aber eben Frieden.

Was wollt ihr denn, ruft ihr Zentralorgan, der „Vorwärts", aus. Daß zu den vielen Erzbistümern und Bistümern der katholischen Kirche in Preußen noch 4 weitere, darunter auch eins in Berlin, kommen, ist doch nicht gefährlich. Auch die Erhöhung der jährlichen Dotationen Preußens an die katholische Kirche um 1,4 Millionen Mark ist unerheblich, wenn man bedenkt, daß die Gesamtsumme, die der Preußische Staat jährlich allein an Gehältern für die katholischen Geistlichen zahlt, schon jetzt 21 Millionen Mark beträgt; entspricht also dem „Kräfteverhältnis". Wichtiger ist schon die in dem Konkordas enthaltene Bestimmung, daß die Erhaltung der katholischen Fakultäten an den Hochschulen für alle Zukunft garantiert werden, wie auch die vom preußischen Staat übernommene Verpflichtung, an den Fakultäten nur solche Lehrkräfte anzustellen, die dem zuständigen Bischof genehm sind. „Gefährlich" ist für die Sozialdemokratie gar nichts mehr. Auch nicht, daß der Vertrag **unkündbar** ist. Damit hat die Sozialdemokratie auch mit der hohlen Phrase von der Trennung von Kirche und Staat endgültig gebrochen. Sie zeigt auch in diesem Punkt, daß sie nur noch **Nutznießerin** der kapitalistischen Ausbeutung ist. Sie strebt nach der Koalition und muß dem Zentrum auch diese Konzession machen. Ganz selbstverständlich und ganz „demokratisch" ist, daß nun auch die Paritätgegenüber der evangelischen Kirche gewahrt bleibt. Das Proletariat kann ja schulten und hungern. Es ist ja — leider — so geduldig!

Noch eine Seite der Lage ist nicht ohne Reiz. Angeblich bestimmt in der SPD. die Mitglieder, und angeblich bestimmt in der Republik das „Volk". Der rote Pfaffe Braun setzt sich mit den schwarzen Pfaffen an den Tisch, macht mit ihnen einen Vertrag, gegen den nichts zu protestieren, der nicht kündbar, der „in Ewigkeit" ist, und beide treten vor ihre Schafe hin, und jedes mit einem „Erfolg". Für die Schafe der Gottesknechte ist das ganz in Ordnung. Daß es jedoch noch Arbeiter gibt, die angeblich mit jedem Untertanengeist gebrochen haben und sich dennoch verschachern lassen wie Landsknechte, zeigt, wie wenig sie von dem Inhalt dessen begriffen haben, was ihre roten Pfaffen ihnen vorpredigen: daß ihre Befreiung nur ihr eigen Werk sein kann. Sie sind in Wirklichkeit nur unzufrieden mit ihren alten Götzen und schaffen sich neue. Aber dieser Götzenkult — das ist die reife Frucht der „Führerpolitik", des Parlamentarismus. Das revolutionäre Proletariat sieht auch an diesem Beispiel, daß heute — wo eine neue Welt gezen die alte steht — jeder Versuch, durch Konzessionen dem konsequenten Kampf auszuweichen, nicht nur n